

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Beitrags-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 14. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Die Schweiz im Jahre 1896.

Zürich, Anfang Januar.  
 Für die eidgenössische Politik war das abgelaufene Jahr etwas fruchtbarer als sein Vorgänger. Im Jahre 1895 gelangten am 3. Februar das Gesundheitsgesetz, am 29. September das Händhölzchenmonopol und am 3. November die Militärvorlage zur Abstimmung und Verwerfung. Im abgelaufenen Jahre fand nur eine eidgenössische Volksabstimmung statt, diejenige am 4. Oktober über das Eisenbahnrechnungsgesetz, das Viehhandelsgesetz und die Disziplinarstrafordnung; letztere zwei Gesetze wurden verworfen, das erste angenommen. Obwohl das Eisenbahnrechnungsgesetz nicht von unmittelbar praktischem Interesse für das Volkswohl, so traten doch alle Freunde des Fortschritts für seine Annahme ein und herrschte, als diese erfolgte, in den weitesten Volksteilen die größte Freude. Der unheimliche Dämon der Negation, der bundesfeindlichen Obstruktion, welcher in Genf und Lausanne seinen Sitz, in den großkapitalistischen Kreisen des ganzen Landes aber seine zahlreichen Anhänger hat, war durch die Annahme des Rechnungsgesetzes überwältigt, dadurch aber gleichzeitig auch der Wille des Volkes für die Eisenbahnverstaatlichung ausgedrückt worden. Zu den Gründen, mit denen die Aktionäre und Bankiers gegen das Rechnungsgesetz agitirten, gehörten auch das Simplondurchschnitt und die „Reisenbahnen“. Werde das Rechnungsgesetz angenommen, dem die Verstaatlichungsvorlage folgen werde, so würde der Simplondurchschnitt nie mehr angeführt werden, ebensowenig die „Reisenbahnen“, auf die zahlreiche Gegenden schon jahrzehntlang warten, von den Privatbahngesellschaften aber immer wieder hingehalten wurden und werden. Kun hat die Bundesversammlung den schweizerischen Staatsvertrag, betreffend den Simplondurchschnitt genehmigt, desgleichen mehr als ein Duzend Eisenbahn-Konkessionen erteilt und damit alle jene Gründe als Schwindel erwiesen. Wie viele Rehn tausende, namentlich in der französischen Schweiz, haben sich aber durch jenen Schwindel dazu verleiten lassen, ein Nein gegen das Rechnungsgesetz in die Urne zu legen?

Die Verwerfung der Disziplinarstrafordnung hat das Volkswohl vom 3. November 1895 noch vervollständigt, man darf annehmen, daß in der nächsten Zukunft keine Militärvorlage mehr vor das Volk zum Entscheide gelangt.  
 Wie das Rechnungsgesetz in die Sozialpolitik gehört, so auch die Bundesbank, für deren Errichtung im Juni die Bundesversammlung das betreffende Gesetz fertig stellte. Wie erinnertlich, haben auch dagegen die Bankiers in Genf, Lausanne, Zürich u. a. das Referendumbegehren gestellt und hiersfür mehr als 70 000 Unterschriften aufgebracht. Am 29. Februar d. J. hat das Volk über das Bundesbankgesetz abgestimmt und wird die bezügliche Agitationskampagne in den nächsten Wochen in lebhafterer Art beginnen. Die Annahme des Gesetzes würde eine erfolgreiche Inauguration des neuen Jahres sein.  
 Erinnern wir noch an das Kreisreiben der Ober-Postdirektion in Bern an sämtliche Postämter zur strikten Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Postangestellten, speziell des Jehntundentages, und an die nicht unbedeutende Erhöhung der Gehälter mehrerer Kategorien von Postangestellten auf das Jahr 1897, zu welchen beiden Aktionen die organisierten Angestellten den Anstoß gegeben haben, und endlich an den von der Bundesversammlung bewilligten Kredit zur Aufstellung einer Lohnstatistik der Eisenbahner, so dürfen die wichtigsten Vorgänge in der eidgenössischen Politik verzeichnet sein.

Für die Fortführung und den Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung ist leider nichts geschehen. Die Resultate der von den Fabrikinspektoren Ende 1895 gemachten Erhebungen über die Möglichkeit der Freigabe des Sonntagsnachmittags für die Fabrikarbeiterinnen liegen noch nicht vor. Und auch die Kranken- und Unfallversicherung, das alte Schmerzenskind der Eidgenossenschaft, ist noch immer nicht erledigt und daher wieder mit in das neue Jahr hinübergenommen, vielleicht wird sie aber endlich parlamentarisch erledigt werden.

Auf dem Gebiete der kantonalen Politik stehen im Vordergrund des Interesses die Verfassungsrevisionen in mehreren Kantonen, so in Schaffhausen, Schwyz, Nidwalden und Basel-Stadt. Die Verfassungsvorlage im ersten Kanton ist bekanntlich in der Volksabstimmung verworfen, aber später beschlossen worden, die Verfassungsrevision fortzuführen. In Schwyz und Nidwalden sind die Verfassungsstände noch mit der Beratung der neuen Verfassung beschäftigt, während im Kanton Appenzell die vom Bauern- und Arbeiterbund verlangte Verfassungsrevision in der Volksabstimmung vom 13. Dezember mit 4000 gegen 2000 Stimmen verworfen wurde. Gaudelle es sich hier um einen ersten Versuch zur Sozial- und Agrarreform, so soll in den anderen drei Kantonen der soziale und demokratische Gedanke weitergeführt und praktisch ausgestaltet werden.

Die kantonale Arbeiterschutzesetzgebung hat keinen positiven Fortschritt erfahren. Im Kanton Solothurn ist das Arbeiterinnenschutz-Gesetz vor einigen Monaten in Kraft getreten und bereits wird in der Arbeiterpresse über dessen Mängel seitens der Unternehmer geklagt und ein kantonaler Fabrikinspektor gefordert. Im Kanton Genf haben die sozialdemokratischen Vertreter im Großen Rath (Landtag) den Entwurf zu einem Arbeiterinnenschutz-Gesetz vorgelegt, der im Schooße einer Kommission ruht; und in den Kantonen Neuchâtel, Bern und Argau sind schon längst Motionen zum Erlaß von Arbeiterinnenschutz-Gesetzen von den Großen Räten erheblich erklärt, seitens der Kantonsregierungen aber nicht ausgeführt worden. Die betreffenden Herren scheinen mehr großkapitalistisch-manchesterlichen Anschauungen zu huldigen, nebenbei allerdings in kapitalistischer und bürgerlicher Sozialpolitik zu machen, aber mehr oder weniger tiefe Abneigung gegen eine arbeiterfreundliche Sozialpolitik zu besitzen. Eine starke Vertretung der sozialdemokratischen Partei in den kantonalen Parlamenten, sowie eine weit verbreitete und gut redigirte Arbeiterpresse könnten da manche Wandlung zum Besseren bewirken. Im Kanton Zürich ist mit dem neuen Wirtschaftsgesetz ein etwas besserer Schutz für das Wirtschaftspersonal geschaffen worden und im Kanton St. Gallen nahm der Große Rath ein Gesetz zur Schaffung gewerblicher Schiedsgerichte an.

In der kommunalen Politik machen die Bestrebungen auf Kommunalisierung öffentlicher Einrichtungen, wie Straßenbahnen, Beleuchtungsanstalten, Arbeitsvermittlung, Erstellung von Wohn-

häusern u. a. allmähliche Fortschritte. Die Stadt Zürich hat für 1 Million Franken Baupläne zur Erstellung von Wohnhäusern für die städtischen Beamten und Arbeiter angekauft; der Große Rath des Kantons Basel-Stadt hat ein förmliches Programm für Wohnungsreform aufgestellt; in der Stadt Genf soll an Stelle eines alten Quartiers ein neuer Stadtteil seitens der städtischen Verwaltung erbaut werden; in Zürich, Winterthur, Bern, Aarau und, irren wie nicht, auch in Luzern haben Wohnungsenqueteen stattgefunden, deren Resultate indes noch nicht vorliegen. Ferner ist in der Stadt Genf vor einigen Monaten die erste schweizerische Arbeitsbörse aus öffentlichen Mitteln und mit regelmäßigen Jahressubventionen errichtet worden. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sowie der Beerdigung ist in mehreren Gemeinden neu eingeführt oder auf das Jahr 1897 hin beschlossen worden.

Wahlen gab es im verfloffenen Jahre so viele, daß man von einem richtigen Wahljahr reden kann. In mehreren Kantonen wurden die kantonalen wie kommunalen Behörden neu gewählt, ferner Ende Oktober auch der Nationalrat und ein Teil des Bundesraths. Alle diese Wahlen haben ein Fortschreiten der sozialdemokratischen Partei gegenüber früheren Wahlen gezeigt und zwar sowohl bezüglich der erhaltenen Stimmen wie Vertreterszahlen. Nur in der Stadt Zürich hat unsere Partei bei den Neuwahlen des Kantonsraths mehrere Sitze eingebüßt, und zwar infolge der zum erstmalig angewandten neuen reaktionären Verfassungsbestimmung, daß bei Berechnung der Vertreterszahl nur die schweizerischen und nicht auch die ausländischen Einwohner zählen. Derselbe Züricher Kantonsrat, der vor einigen Jahren der betreffenden, geradezu im Gegensatz zur gesunden Vernunft stehenden Initiative zustimmte, hat vor einigen Wochen die notwendige Korrektur derselben in Gestalt der Proportionalwahl abgelehnt. Auch in der Stadt Solothurn wurden einige Sitze für den Kantonsrat verloren, dagegen in Genève als der ersten schweizerischen Gemeinde die Gemeindeverwaltung in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht. Bei den Nationalratswahlen, welche auch den Lesern des „Vorwärts“ in frischer Erinnerung sind, hat die sozialdemokratische Partei ihre Stimmzahl von 30 000 auf 40 000 in 14 von 52 Wahlkreisen vermehrt und in Genosse Wullschlegler den ersten wichtigen Vertreter erhalten. Der bei der Wahl zu Tage getretene Zug nach links in ein ebenso günstiges Anzeichen für die Zukunft der Sozialdemokratie wie für die gegenwärtige Ueberwindung der in den letzten Jahren übermächtig gewordenen Reaktion. In ihrem Hauptlager in Genf ist sie durch die völlige Niederlage der großkapitalistischen Konserverativen derart auf das Haupt geschlagen, daß sie sich davon nicht so schnell wieder erheben wird.

Weniger zahlreich als z. B. in Deutschland waren im verfloffenen Jahre die sozialen Kämpfe in der Schweiz, trotzdem auch hier der wirtschaftliche Aufschwung ähnlich wie in Deutschland eingetreten ist. Dagegen waren die Kämpfe der Eisenbahner, welche aus dem Jahre 1895 mit herübergenommen worden waren, und die im Brauergewerbe ebenso umfangreich wie lebhaft. In der über das ganze Land ausgebreiteten Eisenbahner-Bewegung waren circa 20 000 Angestellte und Arbeiter beteiligt. Ende März, nachdem auf den 1. April der Generalstreik angedroht war, kam in Bern unter dem Vorhitz von Bundesrat Jempe, dem Chef des Eisenbahn-Departements, zwischen den Vertretern der Eisenbahner und der Bahngesellschaften eine Vereinbarung zu Stande, der sich in letzter Stunde auch die Nordostbahn in Zürich anschloß und wodurch die Bewegung in der Hauptsache beendet wurde. Die Vereinbarung brachte den Eisenbahnern nicht die volle Erfüllung aller Forderungen, aber doch wichtige Zugeständnisse und Verbesserungen, die mit Ausnahme der Nordostbahn bei den übrigen Bahnen im großen und ganzen auch richtig in der Praxis durchgeführt wurden.

Könnte man bei den Eisenbahnern von einem schönen Siege reden, so kann dagegen bezüglich der Kämpfe in der Brau-Industrie nur von einer Niederlage der Arbeiter gesprochen werden. Das heißt, im März hatte erst die Bewegung mit Erregungenschaften für die Brauerei-Arbeiter gendelt, aber der im Sommer von den prologischen Vierbaronen provozierte zweite Kampf, der seitens der Arbeiterschaft mit dem Bierboikott fast in der ganzen Schweiz, seitens der Brauereibesitzer mit Entlassung von 200 organisierten Brauern und der Vernichtung ihrer Fachvereine geführt wurde, endete zu ungunsten der Arbeiter. Der Mangel an Organisation, Disziplin und Solidarität selbst des großen Theiles der organisierten Arbeiterschaft verhalf den die Erfolglosigkeit des Boikotts, andererseits halfen wie immer die „braven Streikbrecher“, welche aus Deutschland importirt wurden, zum Siege der Herren. So lange die Arbeiterbewegung nicht höher steht, ist jedenfalls der Bierboikott als Kampfmittel gegen die Brauereibesitzer eine stumpfe Waffe, die nur die Arbeiter selbst schwer schädigt.

In der Tabakindustrie hat aber der Boykott gewirkt und ohne große Mühe den Arbeitern die Lohnerhöhung gebracht, für die sie jahrelang erfolglos gekämpft hatten.

Eine Reihe kleiner Streiks und Lohnbewegungen verliefen für die Arbeiter günstig, mehrere derselben, so der Maler in Genf vor Eröffnung der Landesaussstellung, der Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenfabrik von Fenneberg in Zürich, und andere hingegen ungünstig. Eine umfassende Darstellung der 1896er Lohn- und Streikbewegungen in der Schweiz wird voraussichtlich wieder das schweizerische Arbeitersekretariat in seinem Jahresberichte geben.

Die günstige Geschäftslage des verfloffenen Jahres hätte von den Arbeitern besser ausgenutzt werden sollen, als es geschehen ist. Die Ursache davon liegt zum Theil in dem Bierboikott, der bedeutende finanzielle Mittel, aber auch sonst alle Kräfte in Anspruch nahm und sodann in der Rückständigkeit unserer gesellschaftlichen Bewegung, die nicht bloß meist aus kleinen und schwachen Organisationen besteht, sondern auch darunter leidet, daß letztere jede lebhaftere und zweckmäßige Thätigkeit vielfach vermissen lassen, so daß sie nur Formen ohne Inhalt sind. Bezüglich der politischen Bewegung ist es vielfach nicht besser. Es ist daher zu begrüßen, daß mit Beginn des neuen Jahres die ständigen Sekretäre des Gewerkschaftsbundes und des Größtvereins, Calame und Wullschlegler, ihre neuen Aemter antraten. Von ihrer Thätigkeit darf man eine kräftige Förderung der Arbeiterbewegung erwarten. Die Verhältnisse und die Menschen sind hierfür vorhanden, es gilt also nur, sie auszunutzen und für unsere Sache zu gewinnen. Daß dies im neuen Jahre in ausgedehnterer und erfolgreicherer Weise geschehen werde, mit dieser Hoffnung darf man in das Jahr 1897 eintreten.

### Politische Ueberblick.

Berlin, 13. Januar 1897.

**Aus dem Reichstage.** Die Verhandlungen des heutigen Tages boten in einzelnen Partien sehr interessante Momente. Hierher rechnen wir allerdings die Auseinandersetzungen zwischen den christlich-sozialen Vertretern für Rassel, Professor Hüpeden, und den Industrie-Feindalen von Stumm nicht. Herr Hüpeden sagte zwar dem Neunkirchner Allgewaltigen eine ganze Anzahl gepfeffelter Grobheiten, so bezeichnete er Stumm's Liebe zu den Arbeitern als die Liebe des Habichts zu den Tauben.

Herr von Stumm brachte nur seine alten Verdächtigungen gegen Pastor Naumann und dessen Freunde vor, ohne irgend etwas Beachtenswerthes vorzubringen.

Eine sehr interessante Abwechslung brachte die Rede des Großindustriellen v. Heyl. Dieser Herr las den Berliner Konfektionären und deren Wortbruch den Arbeitern gegenüber in einer Weise die Leviten, wie viel härter die betrogenen Arbeiter auch nicht urtheilen konnten. Es wird den Organen der Konfektionäre schwer werden, diese Angriffe unter das Rubrum: sozialdemokratische Verleumdungen zu bringen. Selbst Minister von Büttcher, der viel gewandte Vertreter der Unternehmer-Interessen, fand kein Wort für die Konfektionäre, im Gegentheil, er mußte die Vorwürfe des Herrn von Heyl sogar als zutreffend zugeben. Von Interesse aus den ministeriellen Ausführungen ist die Aussage, daß die Regierung sich mit dem Gedanken trägt, die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik in Bezug auf die Ueberwachung der Hausindustrie im Konfektionsgewerbe, zur Ausführung zu bringen.

Recht zahn, und sehr im umgekehrten Verhältnis zu dem Geschrei in der Presse und in den Versammlungen, war der Vorstoß des Antisemiten Bielhaben gegen die Bäckerverordnung. Von unserem Genossen Webel wurde dieser Vorstoß in glänzender Weise abgewiesen und verlangt, daß nicht nur die Verordnung aufrecht erhalten und auch energisch durchgeführt, sondern daß für das Bäckergewerbe angesichts der dort theilweise vorherrschenden Mißstände besondere Inspektoren eingesetzt werden.

Aus den Auslassungen der Redner der übrigen Parteien ergibt sich, daß zwar vielfach die Meinung aber nirgendwo der Muth vorhanden ist, dem Geschrei der Bäckermeister nachzugeben.

Im weiteren Verlauf der Debatten griffen unsere Genossen Dr. Lütgenau, Geper und Peus noch in dieselbe ein, wobei Geper den sächsischen Bundestagsbevollmächtigten Dr. Fischer in köstlicher Weise und unter allgemeiner Heiterkeit abführte, während Lütgenau die Verhältnisse der Berg- und Peus die der Fiegeleien eingehend erörterten.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

**Das preussische Abgeordnetenhaus** trat heute in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Tilgung von Staatsschulden und Bildung eines Ausgleichsfonds. Nach diesem sogenannten Miquel'schen Automaten-gesetz sollte vom Etatsjahr 1897/98 ab eine Tilgung von Staatsschulden in Höhe von jährlich mindestens einem halben Prozent der jeweiligen Kapital-schuld vorgenommen und ein etwaiger Ueberschuß zunächst zur Bildung und Erhaltung eines Ausgleichsfonds in Höhe von 800 000 000 M. verwendet werden. Der darüber hinausgehende Betrag des Ueberschusses sollte zu einer weiteren Tilgung von Staatsschulden dienen. Die Kommission hat den zu tilgenden Antheil der Staatsschuld erhöht, indem sie bestimmte, daß für das Jahr 1897/98 mindestens ein halbes Prozent und vom Jahre 1898/99 ab mindestens drei Fünftel Prozent derselben getilgt werden. Dagegen hat die Kommission den Ausgleichsfonds beseitigt und statt dessen vorgeschlagen, daß ein etwaiger Ueberschuß in voller Höhe zur weiteren Schuldentilgung zu verwenden ist.

Eine scharfe Kritik an der Vorlage übte der Abg. Richter, der auf die Verminderung des parlamentarischen Einflusses bei der Feststellung des Etats hinwies. Schon jetzt habe das Abgeordnetenhaus nur ein Ausgabe-Bewilligungsrecht, aber kein Einnahme-Bewilligungsrecht, und dieses Recht solle noch weiter beschränkt werden. Richter wies auch auf die weiteren Gefahren hin, die aus diesem Gesetze erwachsen würden; der Staat müßte auch in schlechten Jahren Schulden tilgen und hätte dann entweder nicht genug Mittel für notwendige Kulturaufgaben, oder aber er müßte zu einer Erhöhung der Einkommensteuer-Zuschläge schreiten. Namens des Zentrums beantragte Abg. Bachem in das Scheitern des Ausgleichsfonds und erklärte das Gesetz in der vorliegenden Gestalt für so unvollkommen, daß seine Partei nicht dafür stimmen könne. Der Finanzminister Miquel wandte sich in seiner Erwiderung gegen die Abg. Richter und Bachem und erklärte wiederum eingehend das ihm vorschwebende Ideal einer Reichs-Finanzreform, da das System der Matrularumlagen nur ein Nothbehelf sei. Den Ausgleichsfonds hofft Herr Miquel noch unter Dach und Fach zu bekommen. Für die Vorlage traten die beiden konservativen Parteien und die National-liberalen ein.

Nebenher lief noch ein interessanter Streit zwischen den Herren Dr. Bachem und Dr. Sattler über die Frage, ob das Zentrum oder die Kartelparteien die Volkslasten durch Bewilligung neuer indirekter Steuern im Reichstage vermehren hätten. Uns dünkt es, daß beide Parteien ihr möglichstes gethan haben und daß keine der anderen etwas vorzuziehen braucht.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

**Die gerichtlichen Verstrafungen von Sozialdemokraten in Deutschland** scheinen fort und fort drakonischer auszufallen und sich ins Ungemessene steigern zu wollen. Gestern ist die Liste „Untern neuesten Kurs“ erschienen, die noch für den letzten Weihnachtssonntag 11 Jahre 4 Wochen Gefängnis aufweist! Wir haben uns die Liste in Ruhe genommen, einmal zusammenzuzählen, was in den letzten Jahren in dieser

Beziehung geleistet worden ist. Das Resultat ist für die letzten drei Jahre folgendes.

Es wurden von deutschen Gerichten über Sozialdemokraten verurteilt:

1894: 63 Jahr, 10 Mon. Gef.; 46 863 M. Geldstrafe.
1895: 79 " 9 " 33 160 " "
1896: 83 " 8 " 32 889 " "

Und das alles ohne Sozialistengesetz und gegen die Angehörigen der stärksten Partei Deutschlands! Im Laufe von drei Jahren über 110 000 Mark Geldstrafe und 227 Jahre Gefängnis! Nicht interessant ist auch die Thatsache, daß die Geldstrafen eine Kleinigkeit zurückgegangen, die Gefängnisstrafen dagegen fortgesetzt gestiegen sind. Die deutsche Kultur macht Fortschritte.

Dem Abgeordneten Freiherrn v. Stumm und Konsortien im Stammbuch. Ueber die Art, die Religion zum Verhängnis politischer Bestrebungen zu machen, äußerte sich jemand wie folgt: „Alle Genscheit, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen“ — i. B. in der Bekämpfung und Unterdrückung von politischer Unabhängigkeit und von Arbeitervereinigungen durch Maßregelungen, Verbot bestimmter Zeitungsblätter, Aneignung der von anderen Händen geschaffenen Werke —, und dies ist immer in der Lage zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden.

Dieser jemand war der spätere Kaiser Wilhelm I.

In dem Verfahren gegen v. Lauch hat der „Post“ zufolge Rechtsanwalt Dr. Sello an seinen Mandatar ein längeres Schreiben gerichtet, worin er mittheilt, daß er aus gewissen Gründen sein Mandat als Verteidiger v. Lauch niederlegt.

Heber Normann-Schumann-Mundt theilt die „Weser-Ztg.“ aus der Nummer vom 5. Oktober des hiesigen „Echo der Gegenwart“ folgende Stelle mit:

Am 27. September wurde in Rom Ernst Wilhelm Schumann, ein geborener Norddeutscher, beschuldigt der Fälschung eines öffentlichen Dokuments, in einem Hause der Montecatini-Strasse aufgefaßt und verhaftet. Die „liberale“ „Gazetta d'Italia“ berichtet darüber also: „Man verhaftete den Korrespondenten der Berliner „Kreuzzeitung“, des „Hamburger Korrespondenten“, der „Schief. Ztg.“, der „Augsburger Postz.“ und anderer deutscher Journale unter der Beschuldigung, die Geburt eines seiner Kinder unter falschem Namen auf dem Kapital (Bürgermeisteramt) angegeben zu haben. Er lebte 1874/77 in Italien, war Mitarbeiter von italienischen und deutschen Journalen und nannte sich damals Ernst Wilhelm Schumann. Eine böse Geschichte, die ihm in Neapel passierte, veranlaßte sein Verschwinden aus Italien. Im Jahre 1882 kehrte er hierher zurück, aber unter anderem Namen, und war dann der Reihe nach in fast sämtlichen Journalen als Redakteur thätig. Eine strenge Hausfuchung fand bei ihm statt. Mehrere Journalisten wurden vorgeladen, um seine Identität zu bestätigen. Schumann leugnete anfangs die Führung eines falschen Namens und erklärte, nicht Ernst Wilhelm Schumann zu heißen. Kann er den Beweis nicht erbringen, daß er Valgreen-Verau, wie er behauptet, sei, dann trifft ihn nach italienischem Gesetz Gefängnis, weil er unter diesem Namen eine ihm geborene Tochter in die Zivilstandsregister eintragen ließ.“ An anderer Stelle desselben Blattes heißt es: „In Neapel holte er sich dann seine sechs Jahre Gefängnis wegen jenes angegebenen, höchst infamen Verbrechens (Verführung einer Minderjährigen), voriges Jahr trieb er sich in Athen herum, hatte dort einen „skandalösen Liebesroman“ und bestahl zugleich die Staatsbibliothek um werthvolle Werke.“

Das früher so berichtigungsbedürftige Berliner Polizeipräsidium thäte gut, die Presse zu informieren:

1. ob diese Angaben richtig sind;
2. seit wann ihr dieselben bekannt sind, wenn sie mit den Thatsachen im wesentlichen übereinstimmen;
3. ob in diesem Falle nur ausnahmsweise das Vorleben des Polizeigenanten auf seine Anstellung ohne Einfluß war.

Die Internationalisten aller Internationalen sind die Bimetallisten alias Silbermänner. Sie haben jetzt wieder einen „Weltkongreß“ in London. Nach Paris sind sie nicht wieder gegangen, freilich nicht deshalb, weil das Gesetz gegen die Internationalen in Frankreich noch nicht abgeschafft ist. Wenn in Frankreich der Spruch gelten würde, wenn zwei das gleiche thun, ist es das gleiche und so Herr von Kardorff nebst Konsortien wegen internationaler Umsturzbestrebungen eingelocht würde, das wäre doch zu spaßhaft.

„Ich schwör's ab“ — dieser klassische Ausspruch des Meimeidbauers der „fliegenden Blätter“ bildet die Latit der russischen Regierung, wenn sie bei irgend einer ihrer lichtscheuen Thaten erfaßt ist. Jetzt schwört sie den chinesischen Eisenbahn-Vertrag ab. Dieser Vertrag — so erklärt die russische Regierung unverfroren durch ihre Presse — dieser Vertrag ist der Privatvertrag einer russischen Privat-Eisenbahn-Gesellschaft; und er geht die russische Regierung gar nichts an. Natürlich läßt man sich in England durch die Lüge nicht täuschen und — beschleunigt die Klüftungen in allen Häfen und Arsenalen.

### Deutsches Reich.

— Erledigter Reichstags-Sitz. Durch den Tod seines bisherigen Abgeordneten, des freikonserватiven Rittergutsbesizers Ernst Stephan, ist der Wahlkreis Vienenburg-Lorna (Merseburg I) erledigt. Bei den Wahlen vom 15. Juni 1896 wurden in demselben 8229 freikonserватive Stimmen, 5212 für die freisinnige Volkspartei und 2242 sozialdemokratische abgegeben.

— Nichts gelernt, nichts vergessen, dies sollte als Wahrspruch für die Bismärcker und ihre „Hamburger Nachrichten“. Wieder fordern sie ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Es ist gut von Zeit zu Zeit die Arbeiter mit den guten Absichten der Friedrichshäuser Volkseinde bekannt zu machen. Das Hamburger Blatt schiebt seinen letzten Artikel folgendermaßen:

Nach unserer Meinung hätte die Regierung vom Reichstages längst ein neues Sozialistengesetz fordern und aus einem etwaigen hartnäckigen Widerstande der Mehrheit des Reichstages die entsprechenden Konsequenzen ziehen sollen. Will man aber, um das unlegare Bedürfnis wirksamer Abwehrmittel zu befriedigen, lieber den Weg der Landesgesetzgebung beschreiten, so mag man dafür Gründe anführen können, die sich immerhin hören lassen. Nur wird man sich darüber nicht täuschen dürfen, daß ohne ein absolut klares Herbeizelen schlechterdings nichts zu erreichen ist. Vor Gesetzesvorschlägen, die, wie die Umsturzvorlage traurigen Ansehens, dasjenige, was sie treffen wollen, bei Namen zu nennen ängstlich vermeiden, sollte man nach den damals gemachten Erfahrungen ein für allemal bewahrt bleiben. Keine einzige Partei wird auch Lust haben, um ganz bestimmter staatsgefährlicher Bestrebungen willen die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte einer Einschränkung zu unterziehen, die ihr selbst nachtheilig werden könnte. Es fragt sich also, ob man in die Novelle zum preussischen Vereinsgesetz ganz speziell und ausschließlich die sozialrevolutionäre Agitation gerichtete Bestimmungen einzufügen und den Bann der „Ausnahmegesetzgebung“ getrost auf sich zu nehmen entschlossen ist. Darüber sind wir heute noch immer im Unklaren.

Wir haben zu Herrn Neke von der Post das volle Vertrauen, daß er alles thun wird, um sich in der Bekämpfung der Sozialdemokraten den Beifall der „Hamburger Nachrichten“ zu erwerben. Wenn unser Minister des Innern sich ins Privatleben zurückgezogen haben wird, wird ihm wie den Gulenburgen, Bismarck, Büttner und Müller klar geworden sein, daß die Sozialdemokratie alle ihr in den Weg gelegten politischen Fangseile in ihrem raschen Vormarsche zu ihrem Ziele spielend zerreißen.

— Weitere Versammlung des preussischen Handelsministeriums. Im Anschluß an die Beratungen der Kommission für Arbeiterstatistik ging gestern im Reichstag das

Bericht, daß die Veränderungen im preussischen Handelsministerium mit dem Austritt des Freiherrn v. Verelisch nicht abgeschlossen sind. Sollte dieses Bericht einen ernsthaften Hintergrund haben, dann möchte es sich auf den Unterstaatssekretär Bohmann beziehen. Vielleicht wählt man dann einen älteren, mit den Intentionen seines hohen Chefs wohl vertrauten Direktor der freibererlich v. Stumm'schen Werke zum Leiter der königlich preussischen Sozialpolitik.

— Die Militär-Strasprozeß-Ordnung scheint noch eine Reihe von Veränderungen durchmachen zu müssen, bevor sie an den Reichstag gelangt. Von verschiedenen Bundesstaaten sollen Abänderungsanträge vorliegen, Bayern soll sich über seine Abänderungsanträge noch nicht einmal schlüssig geworden sein.

— Ein neues „großes Mittel“ wird in einem Eingekauf der „Kreuzzeitung“ vorgeschlagen. Danach soll der Zoll für das aus dem Auslande eingeführte Getreide und für Mehl für eine Menge von 75 pSt. des Durchschnitts der thatsächlichen Einfuhr in den Jahren 1. Januar 1894 bis 1. Januar 1897 auf 50 pSt. der bisherigen Höhe herabgesetzt werden. Die zukünftig diesen Durchschnitt übersteigende Einfuhr wird mit einem Zollsuschlag zu den gegenwärtigen Höfen von 100 pSt. belegt. Die Berechtigung zum Import des mit niedrigem Zoll belegten Getreides u. s. w. wird, als übertragbares Recht, auf die im Inlande Getreide produzierenden Reichsangehörigen vertheilt. (Kontingent.) Die Vertheilung erfolgt derart, daß durch Reichsgesetz für die einzelnen Bundesstaaten die Kontingente nach ihrem Gesamtgewerthe vertheilt werden nach Maßgabe der statistisch zu ermittelnden Getreideproduktion in den Jahren 1. Januar 1894 bis 1. Januar 1897 ebenfalls nach ihrem Geld- (Markt-) Werthe. Den Bundesstaaten bleibt es überlassen, die Untervertheilung durch Landesgesetz zu regeln, doch ist bei dieser Untervertheilung der Geldwerth immer als Maßstab zu benutzen. Legitimirt zur Empfangnahme der Einfuhr-Berechtigungscheine ist derjenige, auf dessen Kosten im einzelnen Falle der Anbau betrieben wird. (Also event. Pächter, Garantie-Verwalter.) Die Empfänger der Einfuhr-Berechtigungscheine sind verpflichtet, binnen sechs Monaten nach Empfang der Scheine: a) entweder selbst, oder durch die Vermittelung von Genossenschaften u. s. w. Getreide bzw. Mehl in solcher Menge aus dem Auslande einzuführen, daß die ihnen überwiesenen Summen der Zollersparnis von 50 pSt. entsprechen, oder b) ihre Scheine zu verkaufen, oder c) sie zum halben Nennwerthe (25 pSt. des bisherigen Zolles) der nächsten Produktentzweige zur Verfügung zu stellen. Der Antrag kann auf eine Vertheilung des Getreide-Imports hinaus, der oben abgedruckte Vorschlag geht noch viel weiter. Er setzt an stelle des Staates die Getreideproduzenten, soll heißen, die Großgrundbesitzer und will ihnen noch eine Zollermäßigung von 50 pSt. zuschieben. Dadurch wäre natürlich der selbständige Handel vollständig lahmgelegt und die Oelbier könnten die Preise diktiert, die sie wünschen. Der Vorschlag hat noch weniger Aussicht als der Kaniz- Antrag.

— Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt, daß die Witz-Notiz, gegen die wir in einer der letzten Nummern polemisierten, nicht aus der „Nationalliberalen Correspondenz“ sei, wie wir annahmen. Wir berichteten unseren Irrthum, zu dem wir dadurch verleitet wurden, daß die Notiz sich gleichzeitig und gleichlautend in verschiedenen nationalliberalen Blättern befunden hat.

Düsseldorf, 11. Januar. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, zur Dedung der unerkennlich hohen Kommunalbedürfnisse die Biersteuer in Höhe einer Abgabe von 65 Pf. pro Hektoliter einzuführen. Ferner wurde die Einführung der Grundstücks-Umsatzsteuer mit einem Projezt der Werthsomme vom 1. April d. J. ab beschlossen. Die stets wachsenden Armenausgaben, die für das nächste Etatsjahr wiederum 200 pSt. Zuschlag zu der Einkommensteuer bedingen, machten die Einführung dieser Steuern nothwendig.

Düsseldorf, 12. Januar. („Frankfurter Zeitung.“) Die Stadtverordneten verweigerten dem demokratischen Vortritt die städtische Tonhalle für eine öffentliche Versammlung, und zwar wegen des Vortragsinhalts: „Der Fall Bräsewiz, Bismarck's Enthüllungen und der Fall Lauch“ (Referent Redakteur Franz Schreiber aus Frankfurt a. M.). Die Ablehnung wird motivirt mit der Störung der guten Beziehungen der Stadt zu den Offizieren und mit der beschränkten Kränkung des Ehrenbürgers Bismarck. Die Zentrum's-Abgeordneten stimmten gegen die Verweigerung durch die Majorität der Mittelparteien.

— Zur Sprachenfrage. Die „Berl. Korr.“ schreibt:

In der Presse ist in letzter Zeit mehrfach die Nachricht verbreitet worden, daß im Bezirke der sächsischen Eisenbahndirektionen zahlreiche Hilfsbedienstete polnischer Nationalität wegen mangelhafter Kenntniss des Deutschen entlassen und dadurch viele hunderte armer polnischer Familienwäter brotlos geworden seien.

Diese Nachricht entbehrt nach dem Ergebnis amtlicher Ermittlungen jeglicher Begründung. Das Thatsächliche beschränkt sich darauf, daß die königliche Eisenbahndirektion zu Rattowitz durch eine in ihrem Amtsblatte veröffentlichte Verfügung ihrem Personal in Erinnerung gebracht hat, daß die Amtssprache im Dienstbereiche der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung den vom Bundesrath erlassenen Vorschriften gemäß ausschließlich die deutsche sei, daß alle Beamten und Hilfsbediensteten in dienstlichen Verkehr sich stets dieser Sprache zu bedienen hätten und deren Kenntniss eine unerlässliche Voraussetzung für die Uebertragung amtlicher Verrichtungen sei, ein Grundfalsch, welcher von jeher im preussischen Staatsdienst maßgebend gewesen ist.

Aus diesem Anlaß sind bisher zwei im Bezirke der genannten Eisenbahndirektion im Schrankendienst beschäftigte, des Deutschen nicht mächtige Bahnwärterfrauen aus dieser Beschäftigung zurückgezogen und durch ihre deutsch redenden Töchter ersetzt.

— Zum königlich sächsischen Kampfe gegen die Konsumvereine wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: „Die Widersacher der Konsumvereine scheinen durch den Kampf gegen diese in Sachsen nur zu einer weiteren Verbreitung dieser Vereine beizutragen. So hat die angeordnete Bestrafung des Verkaufes an Nichtmitgliedern zur Folge gehabt, daß allein im Monat Dezember dem in Dresden bestehenden Konsumverein „Vorwärts“ 703 neue Mitglieder beitraten. Auch in anderen sächsischen Orten hat sich in letzter Zeit die Zahl der Mitglieder der Konsumvereine gesteigert. Sehr viele Mitglieder sächsischer Militärvereine haben bekanntlich lieber ihre Zugehörigkeit zu diesen, als zu den Konsumvereinen aufgegeben, wo der Austritt aus den letzteren von ihnen verlangt wurde.“

— Der Landtag von Sachsen-Weimar ist auf den 1. Februar einberufen.

— Grober Unfug. In Würzburg rief anfangs Dezember bei einer Uebung der Luftschiffer-Abtheilung der Schriftföher König dem als Kommandeur von Fuchsmühl bekannten Lieutenant Mayer mehrmals „Fuchsmühl“ zu, wobei er von einer Schaar Kinder unterführt wurde. König begab sich bald danach auf die Wanderschaft. Als er vor einigen Tagen zurückkehrte, wurde er sofort vor das Schöffengericht geladen. Das Urtheil lautete auf drei Wochen Haft wegen groben Unfugs. Lieutenant Mayer hatte keine Verteidigungsklage gestellt.

— Der Bräsewiz ist seit einigen Tagen wieder im Karlsruher Militär-Arresthause untergebracht, woraus man wohl den Schluß ziehen darf, daß nächstens die neuerliche militärgerichtliche Prozedur gegen ihn vorgenommen wird.

### Schweiz.

Bern, 18. Januar. Die hiesige Regierung hat dem Großen Rathe zur Beschlußfassung einen Entwurf unterbreitet betreffend die finanzielle Beteiligung des Staates Bern an 17 neuen Bahnlinten. Unter letzteren befinden sich die Linien: Bern-Neuenburg, Bern-Guerdenhal-Thun, Thun-Simmenthal-Weven, Frutigen-Brig (Boetschbergdurchstich), der Juradurchstich bei Solothurn u. a.

Genf, 11. Januar. (Fig. Ber.) Die hiesige politische Polizei hat sich im Laufe der letzten Jahre durch manche ungeschöne Handlung — es sei nur an die feinerzeitige Ausweisung des Genossen Plechanow erinnert — einen nicht beneidenswerthen Namen erworben. Zum Schlusse des alten Jahres hat sie noch ihr Mäthchen gelüßt an einem deutschen Genossen, dessen Schriften vollständig in Ordnung waren. Er war eines Tages vor den Polizeichef tritt worden, der mit ihm ohne Angabe des Grundes ein Verhör vornahm. Der so Behandelte machte davon dem Genossen Eigg Mittheilung, welcher die Angelegenheit im „Peuple“ besprach und scharf kritisierte. Daraus übermalige Vorladung unseres Genossen und nun als Rache für die Veröffentlichung seiner Ausweisung. Ohne Rücksichtnahme auf sein eigenes Geschäft und seine Familie mußte er fort von Genf, und die politische Polizei ist um ein trauriges Ruhmesblatt reicher.

### Frankreich.

Paris, 11. Januar. (Fig. Ber.) Die Regierungspresse renomirt gern mit Meline's persönlicher Mafellosigkeit — einer Eigenschaft, mit welcher der opportunistische Mangel bekanntlich nicht verschwendend bedacht ist. Nun wird aber auch diese negative Meline'sche Tugend ernstlich in Frage gestellt. Seit drei Tagen geht durch die radikale Presse eine Enthüllung des Inhalts, daß der „exproble re. Republikaner“ seine abonnentenlose Zeitung „Republique Francaise“ von monarchistisch-kerikalen Kapitalisten über Wasser halten lasse, daß er vor dem Eintritt ins Ministerium als Chefredakteur der schutzamerikanischen Zeitung direkt ein fettes Gehalt von denselben Kapitalisten bezogen und daß er schließlich die guten kerikal-monarchistischen Dienste als Ministerpräsident mit — Ordensbändern der Ehrenlegion belohnt habe. Dabei ist zu bemerken, daß die betreffenden Kapitalisten wegen ihrer bekannten antirepublikanischen Gesinnung bisher von keinem Ministerium in die Ehrenlegion aufgenommen wurden. Also ein regelrechter, wenn auch indirekter Ordensschacher à la Wilson, der Brövg den Präsidentenstuhl gelockt hat. Meline hält sich in „vornehmes“ Schweigen — die Sache wird also stimmen. Sein Kollege Barthou hatte vor einigen Monaten gegen eine ähnliche Anschuldigung ein Ehrengericht angerufen. Warum folgt Meline nicht diesem Beispiel? Diesmal tritt eben die Enthüllung mit beweiskräftigen Angaben auf.

Paris, 12. Januar. (Fig. Bericht.) Anstatt eines Dementis hat die „Republique Francaise“ endlich eine Bestätigung der radikalen Enthüllung bringen müssen. Das Organ des Herrn Meline sucht aber den skandalösen Ordensschacher, sowie die Befolgung des früheren Chefredakteurs durch die kerikal-monarchistischen Aktionäre geradezu zu verherrlichen. Meline, heißt es, habe sich von jeher für die Verlorung hervorragender Industrieller verwendet, welche „alles für das Gedeihen des Landes und den Wohlstand der Arbeiter thun“. . . . Daß die Industriellen behändert wurden, nachdem erst sie das Gedeihen des verkrachten schutzamerikanischen Blattes und den Wohlstand Meline's gesichert hatten, ist natürlich ein reiner Zufall. Die gnuslichen Auslassungen des Meline'schen Leitblattes zeigen wieder einmal die ganze moralische Fäulnis des herrschenden Klüngels auf. — Der Skandal wird wohl schwerlich ohne baldigen Wiederhall in der heute wieder eröffneten Session bleiben.

Paris, 12. Januar. Die Kammer wählte den Radikalen Brisson trotz der Agitation einiger Opportunisten, wohl mit Rücksicht auf seine Jarenbegeisterung und seine Willfährigkeit gegen Meline, mit 295 von 347 Stimmen zum Präsidenten und Garrien, Poincaré, Deschanel und Jambert zu Vizepräsidenten wieder.

Paris, 13. Januar. Während die gemäßigten republikanischen Blätter die gestrige Rede des Senatspräsidenten Ballou, betreffend die Gleichberechtigung des Senats und der Kammer, völlig billigen, erklären die radikalen Blätter sowie die sozialistischen, diese Rede sei der letzte Akt der Energie gewesen, zu welcher die aus Körperlich und geistig hinfälligen Männern zusammengesetzte Versammlung noch fähig war.

Paris, 13. Januar. Der „Gaulois“ meldet, der Präsident der Republik habe im Hinblick auf die Unzulänglichkeit der nationalen Pensionskasse beschlossen, die Initiative zu einem Appell an die Privatwohlthätigkeit zu ergreifen behufs Gründung einer großen Versorgungskasse für bedürftige Greise. Präsident Faure beabsichtigt persönlich 100 000 Fr. zu zeichnen; die hervorragendsten Kreditinstitute hätten ihre Mittheile versprochen.

Die Aufgabe, die hier der privaten Wohlthätigkeit gestellt wird, kann von dieser nicht gelöst werden, es handelt sich hier um eine nur durch die Macht und Geldmittel des Staates zu lösende Aufgabe.

### Italien.

Rom, 18. Januar. Der Präsident der Kammer, Vitta, wurde von Rabinin von der bevorstehenden Auflösung der Kammer verhängigt.

### Rußland.

— Eine internationale Gesellschaft für den Exporthandel soll in Rußland begründet werden. Die Gesellschaft will sich ausschließlich dem Export russischer Industrie-Artikel und die Regulierung des Getreide-Exportes zur Aufgabe setzen. Das Grundkapital ist auf etwa 2 400 000 Rubel festgesetzt und soll in 2400 Aktien getheilt werden. Nach Bestätigung des Statuts durch den Finanzminister sollen sofort Agenturen in Japan, China, Frankreich, Deutschland, Bulgarien und der Türkei errichtet werden. Ueber ein anderes neues Unternehmen berichtet der „Kiewljazig“: „Es sollen demnächst die Vertreter einer Gesellschaft französischer Kapitalisten, welche sich mit Export russischen Rohstoffes nach Frankreich zu befassen gedenkt, in Kiew eintreffen. Das Kapital der Gesellschaft soll 7 Millionen Franks betragen. Die Gesellschaft gedenkt das Vieh lebend bis zur Grenze zu transportieren, dort zu schlachten und das Fleisch insbesondere dazu hergerichteten Waggons nach Frankreich einzuführen.“

### Serbien.

Belgrad, 18. Januar. Der König gewährte allen wegen Presh-vergehen Verurtheilten Amnestie. Pashitsch ist zum Bürgermeister von Belgrad ernannt worden.

### Asien.

Japan sucht seine Konkurrenzfähigkeit gegen Europa und die Vereinigten Staaten immer mehr zu steigern. Einer Meldung der „Daily News“ zufolge wird sich die von der japanischen Regierung zum Studium metallurgischer Werke nach Europa entsandte Kommission in diesen Tagen nach dem Kontinent begeben. Die Kommission soll nach ihren sorgfältigen Beobachtungen in den Fabriken Englands, Belgiens, Deutschlands und Frankreichs ähnliche Einrichtungen in Japan treffen.

### Afrika.

— Marokkanische Zwischenfälle werden wieder gemeldet. Die Nachrichten lauten: Am Donnerstag Abend feuerte ein Hause Mauren auf Soldaten der Garnison Mekka und stoh alsdann. Dieser Vorfall hat wenig Bedeutung, ist aber bezeichnend für den Geist, der unter den Rabilen in der Nachbarschaft von Mekka herrscht.

In Ain Dalia (?), drei Stunden von Tanger, wurde ein Spanier, welcher auf einer Reise ins Innere begriffen war, ermordet. Der Beweggrund zur That war Veranbung.

### Amerika.

Washington, 12. Januar. („Daily Chronicle.“) Der Schiedsgerichts-Vertrag mit England dürfte im Senate wegen der persönlichen Gesinnungen einiger Senatoren gegen Präsident Cleveland und Staatssekretär Olney auf Widerstand stoßen; die Ratifikation des Vertrages könnte hierdurch gefährdet werden.

Wir befürchten dies nicht, denn der dem Vertrage zu grunde liegende Gedanke ist so populär, daß eine Ablehnung das Renommee der Gegner allzu sehr gefährden würde.

# Reichstag.

151. Sitzung vom 18. Januar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher und zahlreiche Kommissarien.

Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1897/98 wird fortgesetzt beim Gehalt des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern.

**Abg. Hüpeden** (Christl.-Soz.): Eine Wahrheit hört nicht auf, beherzigenswert zu sein, wenn sie von sozialdemokratischem Munde ausgesprochen wird. Ich kann also manches von dem unterschreiben, was die sozialdemokratischen Redner über die Fabrikinspektoren gesagt haben. Ich schreibe mich namentlich der Forderung der Einführung weiblicher Inspektoren an. Auch der Arbeitsnachweis spielt eine große Rolle, so in Hamburg auch, wo der Feuerbau und der Schlafbau großen Anlauf zur Unruhe gebracht haben. Bei der Seemannsordnung sollte man darin eine Aenderung treffen und überhaupt an die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises denken. Der Kasseler Beamte hat eine Sprechstunde eingeführt, aber im dortigen Evangelischen Arbeiterverein konnte kein Mensch den Aufschichtsbeamten und seine Sprechstunde. Die Arbeiter fürchten, wenn sie zu den Beamten in Beziehungen treten, entlassen zu werden. Wer die Sozialdemokratie als eine Aushubert der Hölle betrachtet, der sollte gerade eine Organisation der Gewerkschaften fördern, über deren guten Einfluß vielfach berichtet wird. Die Abneigung der Arbeitgeber gegen die Arbeitervereine ist höchst bedauerlich.

Herr v. Stumm hat es mir neulich übel genommen, daß ich seine Abwesenheit bemerkt hatte, um ihn anzugreifen. Herr v. Stumm war gar nicht abwesend; sein Geist weigerte sich, in den Hausen (Heiterkeit.) Als ich von Berufsvereinen sprach, ergriff sofort Herr v. Kardorff das Wort, um seinen Freund v. Stumm zu verteidigen. Die Unterdrückung der Arbeiter führt zur Bevormundung und Gewaltsamkeit. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Das ist Herr v. Stumm bezeugt worden von den Geistlichen des Saarreviers, die sein System kennen und auch dessen gute Seiten anerkennen. Sie erkennen aber auch seine Schattenseiten. (Präsident v. Bülow bittet den Redner, von der Rede des Herrn v. Stumm zu dem Gehalt des Staatssekretärs zurückzukommen. Zwischenruf des Staatssekretärs v. Bötticher: Ich bin für die Neben des Herrn v. Stumm nicht verantwortlich. Heiterkeit.) Es ist ganz gut, daß von den Autoritäten der Regierung festgestellt wird, daß sie mit Herrn v. Stumm nicht übereinstimmen. (Zustimmung links.) Die kaiserlichen Erlasse sind noch nicht ausgeführt, auch wenn Herr v. Stumm dies behauptet. Er hat zwar seinen Befähigungsnachweis erbracht als Uebersetzer kaiserlicher Telegramme, aber nicht in sozialpolitischer Beziehung. Herr v. Stumm hat geistesverwirrend gewirkt dadurch, daß er jeden, der nicht ihm folgen wollte, als Sozialdemokraten bezeichnete. Für die Arbeiter muß eine Instanz geschaffen werden, wo sie ungehindert ihre Wünsche kundgeben können. Solange Herr v. Stumm dafür nicht sorgt, ist seiner Behauptung, daß er kein Feind der Arbeiterorganisationen sei, kein Glaube beizumessen. Seine Liebe für die Arbeitervereine hat eine verzerrte Fehlsichtigkeit mit der Liebe des Habichts zur Taube. (Heiterkeit, Beifall links.)

**Abg. von Heyl** (natl.): Was das Verhältnis des Herrn von Stumm zu seinen Arbeitern betrifft, so kennzeichnet sich dasselbe als geradezu vorbildlich. (Gelächter.) Die Ermittlungen über die Lage der Arbeiter in der Kleider- und Wäsche-Konfektion liegen jetzt vor und sie zeigen die Leiden der Arbeiterinnen in dieser Branche. Ich möchte an den Herrn Staatssekretär die Frage richten, welche Maßnahmen die verbündeten Regierungen zu ergreifen gedenken. Die Arbeitgeber haben sich später an die Vereinbarungen nicht gehalten, weil sie meinten, dieselben seien getroffen, um den Zustand zu befestigen. Die Ermittlungen des Gewerbegerichts haben ergeben, daß die Löhne menschenunwürdig niedrig sind, nicht wegen der niedrigen Preise, welche die Konsumenten zahlen, sondern infolge der Schwundkonkurrenz der Konfektionäre untereinander. In den schlechten Löhnen kommt die schlechte Ernährung und die schlechten Wohnungen. Sogar die Zuthaten müssen die Arbeiterinnen von ihrem eigenen Lohn noch bezahlen. Die Zwischenmeister stehen nicht im Dienste, sondern nur in einem Werkvertrage zu den Konfektionären, die letzteren haben also nicht die Verschönerungspflicht für die Arbeiter. Jetzt sind die Zwischenmeister keine Sachverständigen mehr, sondern nur noch Arbeitsvertheiler, die 40 vSt. der Löhne in ihre eigene Tasche stecken. Die Heimarbeiterinnen sehen sich nur halb so gut im Lohn wie die Fabrikarbeiterinnen, aber sie genießen nicht die Vorteile der Arbeiterversicherung. Wir bitten beantragt, die Fabrikaufsicht auf die Heimarbeit in der Konfektion auszudehnen. Wir halten diese Anträge auch heute noch aufrecht. Es sollte der Arbeitsvertrag zwischen Konfektionär und Zwischenmeister in eine bestimmte Form gebracht werden, wodurch die Zwischenmeister zur Einrichtung von Werkstätten gezwungen würden, sobald nur ein einziger nicht zur Familie gehöriger Arbeiter beschäftigt wird; es müßte aber auch die Arbeitszeit geregelt, Lohnbücher eingeführt werden u. s. w. Es sollte dem Titel VII der Gewerbe-Ordnung ein neuer Titel über die Heimarbeiter eingefügt werden, damit den Arbeitgebern auch die Verantwortung für die Lage ihrer Arbeiter auferlegt wird.

**Staatssekretär von Bötticher:** Daß die Reichsverwaltung volle Sympathie für die Lage der Konfektionarbeiter hegt, haben Sie aus meiner vorjährigen Rede vernommen. Der Versuch, den das hiesige Einigungsamt gemacht hat, um rücksichtlich der Löhne ein befriedigendes Verhältnis zu schaffen, hat einen Erfolg nicht gehabt. Man hätte sich vorläufig über einen Tarif geeinigt, aber er ist nachher von den Arbeitgebern wieder aufgehoben worden; ich unterschreibe alles, was der Vorredner darüber gesagt hat. Ich beklage es auf das äußerste, daß man sich entschlossen hat, einseitig von diesem Tarif abzugehen. Es ist ein Jahr vergangen und es liegen noch keine Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse der Hausarbeit vor. Wir haben Vorschläge ausgearbeitet, haben aber dieselben noch nicht vorgelegt, weil wir erst den Abschluß der Ermittlungen abwarten wollten. Dieser Abschluß ist vor kurzem erfolgt. Der Vorredner ist der Zukunft etwas verunsichert, wenn er glaubt, daß diese Ermittlungen sich schon zu Vorschlägen verdichtet hätte. Die Beratungen sind abgeschlossen, aber der Reichslanzler ist nicht im Besitze des Berichts der Kommission. Ich will deshalb nicht tiefer in die Materie eintreten, sondern beschränke mich darauf, zu erklären, daß die Vorschläge, welche Herr v. Heyl vorgelegt hat, von uns an den Bundesrat gehen werden; sie sind hin auf Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion und der sonstigen Vorschriften der Gewerbe-Ordnung auf die Heimarbeiter. Auch der Arbeitsnachweis wird anderweitig geregelt werden durch die Bestimmungen eines Lohnbuches, welches die Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen enthält. Durch die Ausdehnung der Fabrikaufsicht werden alle in gesundheitslicher Beziehung bedauerlichen Uebelstände beseitigt werden. Ich bitte die Herren also, sich kurze Zeit zu gebühren. Während der Rede des Herrn von Heyl haben in ein Wort dem Raume meiner Zähne eingeschläft, während der Redner nicht richtig angelegt hat. Ich habe die Bemerkung für die Rede des Herrn v. Stumm abgelehnt. Der Herr v. Stumm hat daraus den Schluß gezogen, daß nunmehr ein anderer Weg bezüglich der Gewerbepolitik weht. Ich habe nur eine formale Stellung der Rede des Herrn v. Stumm eingenommen, die dem Reichsamts des Innern gedacht. (Heiterkeit.) Wenn ich der Frage der kaiserlichen Erlasse nimmt die Reichsregierung nicht eine akademische Stellung ein, sie wartet ab, ob von Seiten des Präsidiums oder von anderen Bundesstaaten Anträge gestellt werden; dann prüft sie, ob sie mit den Grundgeden der kaiserlichen Erlasse übereinstimmen.

**Abg. v. Stumm** (Rp.): Die Rede des Abg. Hüpeden erinnert an den Erfurter Kongress, wo so viele Meinungen als Personen vorhanden waren und niemand mit seinem Nachbarn übereinstimmte. Ich nehme Herrn Hüpeden seine Rede nicht übel. Der Vorwurf der mangelhaften Wahrheitsliebe, den mir Herr Bebel gemacht hat, ist von keiner Seite aufgenommen worden, er-

von Herrn v. Hüpeden nicht. Der letztere hat mich aufgefordert, herauszutreten mit dem, was ich unter Arbeiterorganisation verstehe. Ich habe das so oft ausgeführt, daß ich mich scheue, es zu wiederholen; 1889, 1878 habe ich die Arbeiterorganisation verlangt auf Grund der Knappschaftskassen, ein Zusammengehen der Arbeiter und Arbeitgeber. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ich heute noch auf diesem Boden stehe. Die dickleibige Broschüre der Geistlichen des Saarreviers (Zuruf des Abg. Hüpeden: dickleibig?) kann ich nicht im einzelnen hier erläutern; das würde der Präsident nicht gestatten. Ich habe auch nicht die Absicht, die Antwort des Konfessionsrats vorzulesen. Aber das muß ich konstatieren, daß es unwahr ist, daß das Konfessionsrat in allen Punkten die Wahrheit der Broschüre anerkennt hat. Es hat nur festgestellt, daß ein Theil der Behauptungen sich seiner Kenntnisaufnahme entziehe, ein zweiter Theil sei unwahr und ein Theil entbehere nicht ganz der Begründung. Ich möchte mit den Worten schließen: ich möchte in meinem Leben keinen gefährlicheren Feind haben als Herrn Hüpeden.

**Abg. Vielhaben** (Reform): verlangt die Aufhebung der Bäckerverordnung, welche die kleinen Bäckereien schädigt. Die Erhebungen haben ergeben, daß bereits mehrfach größere Bäckereien eingerichtet sind, und wenn das nicht in größerem Maße geschehen ist, so liegt das daran, daß die Kapitalisten mit der Aufhebung der Verordnung rechnen. Redner fragt die Regierung nach dem Schicksal derselben.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Als Klagen über die Wirkungen der Verordnung laut wurden, habe ich ein Rundschreiben an die Regierungen erlassen, daß über die Klagen der Beteiligten Erhebungen angestellt werden sollen lediglich zur Information. Die Antworten sind noch nicht alle eingegangen. Die Auskünfte der einzelnen Regierungen lauten sehr verschieden. Theilweise wird behauptet, daß die Bäckermeister Klagen führen; aber diese Behauptung ist nicht überall gemacht worden, und darin stimmen die Regierungen alle überein, daß es in diesem Augenblicke noch nicht an der Zeit ist, ein definitives Urtheil zu fällen und jetzt schon mit Aenderungsverschlüssen hervorzutreten.

**Abg. Bebel** (Soz.): Wir erwarteten, daß es heute zu einer Art von Sturmangriff gegen die Bäckerverordnung käme und Anträge kommen würden, die darauf ausgehen, die Bäckerverordnung außer Kraft zu setzen, falls die Regierung nicht eine entsprechende Erklärung abgibt. Nachdem, was v. Bötticher gesagt, steht die Sache noch in der Schwebe. Ob etwas geschehen wird, kann noch niemand sagen. Es ist schon aus den früheren Verhandlungen hervorgegangen, daß sich die große Mehrzahl der Parteien gegen die Verordnung erklärte. Man hat, als sei ein Schritt seitens der Regierung in Szene gesetzt worden, der das ganze Bäcker-Gewerbe ruiniere, der eine Art sozialer Revolution in unserem Wirtschaftsleben herbeiführe. Diese Auffassung ist noch wesentlich verärgert worden durch die Art, wie die Bäckermeister zu dieser Frage Stellung genommen haben. Anlässlich dieser Verordnung des Bundesrats haben die betreffenden Verbände der Meister im vorigen Jahre in Breslau einen allgemeinen Bundestag abgehalten, auf dem diese Verordnung hauptsächlich Gegenstand der Verhandlung war. Hört man diese Herren, die ja Jünglinge par excellenciam ohne Ausnahme sind, sonst reden, dann sind sie die besten, schlauesten Vertreter des Christenthums, konservativen Leute, Verherrlicher des heutigen Staats und der Gesellschaftsordnung, kurz von einer solchen Festigkeit und Dauerhaftigkeit, wie sie sich die Regierung nicht besser wünschen kann. Hier aber, wo ihr persönliches Interesse in Frage gestellt wurde, schlugen die Herren einen Ton an, wie er in den Versammlungen der Agrarier nicht wüßter erklingen könnte. Nach der uns vorliegenden Statistik ist die Sonntagarbeit meist von ungewöhnlich großer Dauer. Unter den damals zur Verhandlung stehenden Betrieben, etwas über 4000, gab es nicht weniger als 2941, in denen die Sonntagarbeit bis zu 12 Stunden dauerte, aber 866 Betriebe, in denen sie 12-14, 221 Betriebe, in denen sie 14-16, 61 Betriebe, in denen sie 16-18 und 8 Betriebe, in denen sie 18 Stunden dauerte. Dazu ist der Bäcker-Arbeiter der geplagteste Mensch unter allen, denn er hat nicht 800, sondern 865, und wenn es ein Schaltjahr ist, 866 Arbeitstage. Die Herren Kerze aus der national-liberalen Partei sollen sagen, was sie als Kerze davon halten, wenn Leute gezwungen werden, Jahr für Jahr, Tag für Tag ihre Arbeit während der Nacht zu verrichten, unter Bedingungen zu arbeiten, die viel schlimmer sind, als die der meisten Arbeiter, und in Lokalen, die luft- und lichtlos, überhitzt und von Staub erfüllt sind, kurz unter den denkbar ungünstigsten, in sanitärer Beziehung geradezu schreienden Zuständen. Wenn die so ausgebeutete und maltrahirte Arbeiterklasse eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf ein menschenwürdiges Maß verlangt, sollten alle, besonders aber die, die sich hier als Vertreter des Christenthums ausstellen, das mit größter Freude begreifen und alles aufbieten, daß die Regierung zu deren Schutz etwas thut. Statt dessen macht man von allen Seiten Opposition dagegen. Man erklärt, das Vorgehen der Regierung sei nicht im Einklang mit dem Gesetz. Die Bäckermeister machten sich natürlich diesen Vorwand zu nutze und ließen es in Berlin, Hamburg u. dergleichen, wie die Behörde entscheidet, falls sie die Verordnung übertreten Einzelne Vertreter erklärten direkt: Wie übertreten diese Verordnung absichtlich; wir wollen geklagt sein, damit die Gerichte entscheiden. Diese entschieden in allen Fällen, die Verordnung sei rechtmäßig. Kann, wenn das bishen Sozialreform in Deutschland nicht die reinste Phrase sein soll, der Reichstag und Regierung den Wünschen der Bäckermeister entgegen kommen? Die Herren erklären, sie gingen bei Aufrechthaltung der Verordnung zu grunde. Wenn nun ein Gewerbe nur aufrecht erhalten werden kann, wenn die Arbeiter unter den menschenunwürdigen Bedingungen Nacht für Nacht arbeiten, dann mag es zu grunde gehen. Es geht aber nicht zu grunde, das ist auch nicht nötig. Denn viele Meister kommen mit der Verordnung aus. Man muß fragen: Kann eine solche Verordnung eine sozialpolitische Reform genannt werden? Wie trauig müssen die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterklasse sein, für die eine solche Verordnung als Fortschritt angesehen wird? Die Bäcker sehen sie aber als eine Reformmaßregel an. Herr v. Berlepsh führt aus: Die Leute können außerhalb der 13 1/2 Stunden noch allerlei Nebenarbeiten machen. Was für Nebenarbeiten? Gleichen Bäckermeister hat der Handelsminister auf ihre Erfindung geantwortet: Unter solche Nebenarbeiten gehören das Mehlabtragen, Kohlen- und Holzeintragen, Holzhacken und dergleichen. Nachdem also die Leute in den ungemessenen Räumen die Nacht gearbeitet und ermüdet sind, können sie noch täglich 2 1/2 Stunden mit solchen unangenehmen und schweren Arbeiten beschäftigt werden! Nachdem diese 16 stündige Arbeitszeit innegehalten, soll der Meister die übrigen 8 Stunden seinen Rindmenschen als Ruhe gönnen. Seine Pferde, Ochsen oder Gsel würde er nicht 16 Stunden anspannen, die würde er ruinieren, die kosten sein Geld, der Geselle nicht. Ist dieser unbrauchbar geworden, warten drei auf der Strafe. Das ist die Erklärung für diese ganz eigenthümliche humane Auffassung jener Herren.

Die Berliner Polizei übt ja in gewissem Sinne eine muster-giltige Kontrolle, es ist aber auch vorgekommen, daß die vorgeschriebene Durchsichtung der Tafel von dem Meister unterlassen wurde. Nach der Vorschrift soll sie in der Werkstatt hängen. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Vorgehen sehr oft übersehen wird, ist nach der Statistik, die ich gestern von hiesigen Bäcker-Arbeitern bekommen habe, sehr stark vorhanden. (Zustimmung.) Vielfach haben die Arbeiter den Unternehmer denunziert, aber in allen solchen Fällen sind die Bestrafungen ganz außerordentlich milde ausgefallen, und darin finden zunächst die Berliner Bäckermeister eine Art Ermuthigung. Nach der Berliner Statistik giebt es 565 Bäckerbetriebe, darunter 191, in denen der Maximalarbeitszeit bezw. die Verordnung streng befolgt wird. In 184 Betrieben wird die Verordnung nicht durchgeführt. Davon dauert in 7 Betrieben die tägliche Arbeit 18-20 Stunden (Hört, hört!), in 34 Betrieben 16-17 Stunden, in 45 Betrieben 15-16, in 70 Betrieben 14-15 Stunden, in 29 Betrieben 13-14 Stunden. Es wird also 18-20 Stunden pro Tag gearbeitet, aber davon merkt die Polizei nichts. Durch die Verordnung sind die Bäckermeister verpflichtet, ihren Lehrlingen ein größeres Maß von Ruhe zu ge-

währen als ihren Arbeitern. Im ersten Jahre sollen die Lehrlinge zwei Stunden weniger beschäftigt werden als die Gesellen, und im zweiten und dritten Jahre eine Stunde weniger. Thatsächlich arbeiten aber die Lehrlinge durchschnittlich weit länger als die Gesellen. Man hat sie ausgebeutet und im hohen Grade ihr junges Leben zu grunde gerichtet. Gerade in Berlin haben wir den alten Zustand vor der Verordnung, daß nämlich die Lehrlinge längere Arbeitszeit haben als die Gesellen. In fünf Betrieben mußten sie sogar täglich 17 bis 18 Stunden arbeiten (Hört, hört!), in zehn Betrieben von 2 Uhr nachts bis 7 Uhr abends, ohne jede Ruhepause. (Hört, hört!) Hieraus ersehen Sie, daß diese ganze Kontrolle für die Lage ist, also eigentlich gar keine Kontrolle. Darum fordere ich heute wieder, daß man für die Bäckerlei spezielle Gewerbe-Inspektoren ernannt, vielleicht mit Hilfe intelligenter, tüchtiger Arbeiter. Ja, wenn das Interesse, der Profit in Frage kommt, dann ist alle Religion, alles Christenthum, alles Patriotismus beim Teufel, dann giebt es nur ein Interesse, das des heiligen unantastbaren Seelwachs. Die Statistik ergibt auch die Nothwendigkeit einer ordentlichen sanitären Kontrolle der Bäckerwerkstätten. Nach der Statistik des Verbaues der Bäcker-Arbeiter sind 553 Erkrankungen in einem Jahre vorgekommen, darunter 182 Gewerbe-Erkrankungen an den Gliedern, die zur Arbeit gebraucht werden, an den Fingern und Armen. Sie können sich denken, was für Wirkung das auf die Trübsal bereitet hat. Hundert Lungenerkrankende sind vorgekommen, 56 Geschwürkranke und eine Anzahl von Geschlechtskranken. Es herrschen hier geradezu grauenhafte Zustände. Ich hoffe, daß die Regierung nicht nur nicht ihre Verordnung abschwächen, sondern noch erweitern wird. (Zuruf des Staatssekretärs v. Bötticher.) Sie sind im Leben nie Arbeiter gewesen, Herr v. Bötticher, sonst würden Sie wissen, daß unter 100 Arbeitern 99 nicht wagen, dem Meister eine unangenehme Antwort zu geben. (Widerpruch rechts; Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung sollte durch sachverständige Leute, Kerze u. die Arbeitsstätten und Schlafstätten in den Bäckereien untersuchen lassen, sie würde dann ein Bild bekommen, das Ihnen thatsächlich die Haare zu Berge stehen. In den neu errichteten Bäckereien hat man allerdings von vornherein auch bessere Einrichtungen gesehen. Im Interesse der Arbeiter nicht nur sondern auch des gesammten Publicums muß gründlich Wandel geschaffen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär v. Bötticher:** Eine nochmalige Enquete möchte ich doch nicht anrathen. Die Rundfrage bei den Regierungen hat nicht einen parteiischen Zweck. Es soll nicht bloß eine Interessentengruppe zum Worte kommen, sondern es sollen Auskünfte von beiden Theilen eingeholt werden. Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, weiß ich noch nicht. Aber durch die lauten Klagen von rechts und links werden wir auch nicht beeinflusst lassen.

**Abg. v. Kardorff** (Rp.): Ich will nur wünschen, daß sich die Untersuchungen nicht so lange hingiehen, daß darüber die kleinen Bäckermeister zu grunde gehen. Herr Bebel hat übertrieben, denn es ist festgestellt, daß das Bäcker-Gewerbe zu einem der gesündesten gehört. (Widerpruch der Sozialdemokraten.) Nicht interessiert nicht der wirtschaftliche Gesichtspunkt. Ich bin immer ein Gegner der Bevormundung volljähriger Arbeiter gewesen.

**Abg. Graf Stolberg** (L.): Der Standpunkt meiner Parteifreunde ist aus den früheren Verhandlungen bekannt. Ich hoffe deshalb, daß die verbündeten Regierungen die Verordnung recht bald modifizieren.

**Abg. Hüpeden** (Christl.-Sozial): Die Thätigkeit des Herrn v. Stumm habe ich nicht im allgemeinen als gemeinefährlich bezeichnet; eine solche unflüchtige Behauptung würde mir niemals einfallen. Ich habe dabei nur seine Abweichung gegen die Arbeitervereine im Auge gehabt. Die Erfurter Verhandlungen gehören nicht hierher. Ich komme zur Bäcker-Verordnung. Heute kann man über ihre Wirksamkeit noch nicht urtheilen, denn nach meiner Erfahrung kann ich nur feststellen, daß die Verordnung fast noch garnicht durchgeführt ist, sondern lediglich auf dem Papier steht.

**Abg. Bachmeier** (fr. Vg.): Wir mißbilligen nicht die Tendenz des Schutzes der Bäcker-Arbeiter an sich, sondern nur das Maß desselben, durch welches die Bewegungsfreiheit unträglich gehemmt wird zum Schaden der kleinen, zum Nutzen der großen Betriebe. Besser als der Maximalarbeitszeit wäre die Maximalarbeitswoche, bei welcher die Betriebsführung nicht eingesenkt wird.

**Abg. Vielhaben:** Ich wollte durch meine Anfrage nur nachweisen, daß für die Konservativen kein Anlaß vorlag, ihren Antrag über diese Frage zurückzustellen.

**Abg. Dike** (B.): Die Feststellung der Maximalarbeitswoche war der erste Bescheid der Kommission für Arbeiterstatistik. Die Bäcker sollten sich darüber klar werden, daß von einer einfachen Aufhebung niemals die Rede sein kann. (Zustimmung im Centrum.) Statt Ostruzionpolitik zu treiben, sollten die Bäcker praktische Gegenvorschläge machen. Redner dankt dem Staatssekretär von Bötticher für die Erfüllung der Wünsche, die er gestern vorgetragen.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Ich wollte mich aus Sparmaßregeln mit der Inhaltsangabe begnügen. Denn man muß doch fragen, ob das öffentliche Interesse auch wirklich an dem Wortlaut der oft gleichlautenden Verordnungen ein hinreichend großes ist. Für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die Interessenten ist aber die Sache doch bedeutungsvoll, und ich werde erwägen, ob nicht ein Abrudern der Verordnungen, soweit nicht völlige Identität vorliegt, herbeizuführen ist.

**Abg. Fischbeck** (fr. Vg.): Bei den früheren Verhandlungen hat mein Fraktionsgenosse Richter darauf hingewiesen, daß wir nicht gegen jede Schutzmaßregel sind, aber wir erkennen die Schwierigkeit der Durchführung der Bäcker-Verordnung an und halten die Einführung einer Maximal-Arbeitszeit wohl für zweckmäßiger. Das Detailreife ist verboten außer bei Kaufleuten und Personen, welche die Waaren in ihrem Geschäftsbetriebe gebrauchen. Ist die Landwirtschaft nun in diesem Sinne als ein Geschäftsbetrieb anzusehen? Aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie sind verschiedentlich Klagen über die Unklarheit gekommen.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Ich halte die Frage nicht für zweifelhaft. Landwirtschaftliche Maschinen können unbedenklich im Wege des Detailreife in landwirtschaftlichen Betrieben angeboten und verkauft werden. Wie der Richter urtheilen wird, weiß ich nicht.

**Abg. v. Stumm** (Rp.): Das preussische Abgeordnetenhaus hat die preussische Regierung aufgefordert, die Bäcker-Verordnung abzuändern. Dazu ist es vollständig berechtigt. Die Ausführungen des Herrn Hüpeden machen wohl eine Antwort hier im Hause nicht nötig; aber sie kommen ins Land hinein und tragen dort zur Legendenbildung bei. Ich habe nicht davon gesprochen, daß das Christenthum abgeschafft werden soll, sondern nur davon, ob es aus dem Programm weggelassen werden soll. Christlich sind nicht alle, es sind manche Herren hier im Hause, die offen sich als unchristlich bezeichnen. Wenn ich gesagt habe, die Sozialdemokratie sei aus der Hölle entproffen, so hat sich dagegen niemand gewehrt. Wenn Herr Hüpeden die Arbeiter erziehen will, dann muß er erst an seiner eigenen Erziehung anfangen und sich sozialpolitisch besser ausbilden.

**Abg. v. Dziembowski** (Pole) bedauert, daß im Wahlkreise Schwetz, dessen Wahl schon zweimal für unglücklich erklärt sei, nicht entsprechend den Vorschriften die Neuwahl sofort aberkannt worden ist.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Sofort nachdem die Reichsregierung Kenntniß von der Erledigung des Mandates erhalten hatte, ist am 21. Dezember v. J. die Requisition an die preussische Regierung ergangen, die Neuwahl zu veranlassen.

**Abg. Lütgenau** (Soz.): Das Resultat der Debatte ist das, daß man sich fast allgemein mit der Tendenz der Bäcker-Verordnung einigt. Herr v. Stumm hat Herr v. Stumm, Herr Dike ist allerdings diesen Vorschlägen auf Modifikation bedenklich weit entgegengekommen. Wie weit die Zugeständnisse in dieser Beziehung gehen können, haben wir erst kürzlich an einem anderen Beispiele gesehen. Als es sich um das Verbot des in Verbindungstretens der Vereine handelte, war die Mehrheit des Reichstages bereit, sich da-

mit zufrieden zu geben, daß die Einzelregierungen das Verbot aufheben. Die Regierungen wollen die von uns verlangte Zulassung des Inverbindungstretens anerkennen, aber die Vereinsfreiheit einschränken. Das gefällt Herrn v. Stumm, und er freut sich auf den Erfolg, den er ein zweites Mal auf demselben Gebiete erhofft. Die Normalarbeitswoche kommt mir vor wie eine theoretische Verbeugung vor der Sozialpolitik. Die Wäderei-Verordnung ist nicht eine Beschränkung des erwachsenen Arbeiters, sondern ein Schutz der persönlichen Freiheit, und die Arbeiter werden auf die Argumente des Abg. Kardorff nicht hereinfallen. Der Abg. v. Stumm hat uns mit den Christlich-Sozialen und den National-Sozialen zusammengestellt. Er hat auch sehr freundlich zu Herrn Hüpeden und schließlich auch zu uns, indem er zugab, er habe manchmal mit großem Erfolge und Vortheil mit der sozialdemokratischen Partei kooperiert. Er hat der national-sozialen Richtung das Christentum abgesprochen. Steht denn formell das Christentum auf dem Programm der Reichspartei? Stumm's Christentum will die selbständige Organisation der Arbeiter nicht und will die Sonntagsruhe nicht. Wenn er uns als unchristlich hinstellt, so lese er unser Programm. Wir behandeln die Religion als Innerlichkeit der Individualität. Es ist unwahr, daß wir die Religion bekämpfen. Wir protestieren nur gegen den Mißbrauch der Religion zum Zwecke der Unterdrückung und Ausbeutung. Und wenn Herr v. Stumm unser Schweigen zu seinem Satze: „Die Sozialdemokratie ist aus der Hölle hervorgegangen“, als Zustimmung erklärt, so ist das etwas, worauf eine Antwort füglich nicht verlangt werden kann.

Mein Fraktionsgenosse Möller hat gestern ein ganz ungeheures Material vorgeführt über die Lage der Bergarbeiter und über die Mangelhaftigkeit der Berginspektoren-Berichte. Das Hans hat wohl den größten Theil dieses Materials nicht gehört. Diese Berichte sind durchweg vom Standpunkte des bloßen Technikers und nicht des Sozialpolitikers verfaßt. Die enormen Ziffern über die Sterblichkeit und die Krankheitsanfälligkeit in den Bergwerken sind ohne jede Begründung gegeben. In dem Turnverein sind 1895 von 7574 Mitgliedern der Turnkrapphaft volle 92,9 pCt. ärztlich behandelt worden, das ist eine horrenden Thatsache. In meinem Wahlkreise ist man über diese mangelhafte Berichterstattung so unangenehm berührt, daß dies den allgemeinen Frieden unmöglich fördern kann. Man hat den Bergarbeitern nicht einmal diejenigen Freiheiten gegeben, die die übrigen Arbeiter durch das Bürgerliche Gesetzbuch erhalten haben. Die Beschwerden Möller's hat der Regierungsrath absolut unbeantwortet gelassen. (Zuruf.) Der Staatssekretär ist allerdings kein Bergmann, das entschuldigt ihn, aber nicht, daß überhaupt keine Antwort vom Regierungsrath erfolgt ist. Als es sich um die Entretung der Sozialpolitik handelte, wurden in dem Gelaß vor den Wahlen von 1890, wenige Monate nach dem Empfange der sogenannten Kaiser-Deputierten, die Bergleute miterwähnt; die Staatsverhältnisse sollten Musteranstalten werden. Jetzt ist eine rückläufige Bewegung eingetreten. Die Löhne, auch in den Staatswerkstätten gehen zurück, die Vertretung der Bergarbeiterinteressen wird nicht mehr verfolgt, die Sozialreform ist still, Herr von Berlepsch ist gegangen, Herr von Böttcher erklärt sich im Hamburger Streik mit den Arbeitgebern einverstanden, und man ist zur Freude des Abg. Kardorff zu den Grundrissen Bismarck's zurückgegangen. Die Bergarbeiter dürfen also von der Regierung, den Mehrheitsparteien keine Hilfe erwarten. Sie haben gelernt, und das, was sie gelernt haben, werden sie an einem Zeitpunkt zu verwenden wissen, der ihnen als geeignet erscheint. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hüffel (Sp.) fragt, was aus dem Gesehentwurf, betreffend die Bekämpfung der Trunksucht, geworden sei; besonders wichtig sei die Entmündigung der Trunksüchtigen.

Staatssekretär v. Böttcher: Wir mußten die Vorlage zurücklegen gegenüber den dringenden anderweitigen Gesetzgebungsmaterien, und haben dies umso mehr thun können, weil durch die Aenderung der Gewerbeordnung bezüglich der Schankstätten und durch das Bürgerliche Gesetzbuch bezüglich der Entmündigung eine Wandlung geschaffen ist. Diese Session ist ohnehin so belastet, daß die Vorlage keine Aussicht auf Zustandekommen hätte.

Abg. Hüffe (Z.): Das Zentrum hält an der Wäderei-Verordnung an sich fest und giebt allenfalls eine Modifikation bezüglich der Maximalarbeitswoche anheim. Die Verhältnisse der Bergarbeiter gehören nicht zur Reichskompetenz.

Abg. Geyer (Soz.) kommt auf die Neuerung des sächsischen Ministers v. Wensch bezüglich des Vereinsrechts zurück und stellt fest, daß dessen Neuerung von seinem Fraktionsgenossen richtig wieder gegeben sei, daß das Vereinsgesetz gegen die Sozialdemokraten anders angewendet wird, als gegen die anderen Parteien. Wenn so wenig Respekt vor dem Gesetze in Regierungskreisen vorhanden ist, was haben dann die Gesetze überhaupt noch für einen Zweck? Man verfähre in Sachsen, als ob das Sozialistengesetz noch bestünde, und müsse mit zweierlei Maß, namentlich bezüglich des Vereinswesens.

Abg. Bensch (Soz.) bespricht die Verhältnisse der Ziegelei-arbeiter, die dringend einer Regelung der Arbeitszeit bedürfen, namentlich seitdem die Arbeitszeit für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter für die Ziegelei verlängert worden sei. Daß in den Ziegeleien der Handbetrieb durch den Maschinenbetrieb zurückgedrängt würde, wäre zur Verhinderung der Ausnützung der Arbeiter wünschenswert. Wie schlecht die Verhältnisse der Arbeiter in den Ziegeleien sind, zeigen die Berichte der Fabrikinspektoren, namentlich im Regierungsbezirk Potsdam. Danach erhalten die Arbeiter Hungerlöhne und sind noch dazu gezwungen, ihre Nahrungsmittel an bestimmten theueren Verkaufsstellen einzulaufen. Durch die Zwischenmeister, die am Schnapsverkauf verdienen, wird die Trunksucht gefördert. Die Ziegelei-Arbeiter müssen organisiert werden. Wenn das auch bei denen auf dem Lande schwer ist, so giebt es doch auch Ziegeleien in der Nähe einiger kleinerer Städte, wo die größte Zahl der Arbeiter sich organisieren und dann auch für ihre anderen Kollegen günstig einwirken könnte, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Die Regierung muß sich überlegen, wie sie die schreienden Mißstände in der Ziegeleifabrikation abhelfen kann. Auch der Reichstag wird, nachdem er vielleicht nicht gar zu lange Zeit hat verticken lassen, es als seine Pflicht ansehen, für diese Arbeiterkategorien auf dem Lande, die ein elendes Leben führen müssen, bessere Verhältnisse herbeizuführen. Daß die Besitzer dieser Ziegeleien ihre Pflicht ganz und gar nicht erfüllen, dafür ist der beste Beweis die miserable Lage der Arbeiter. Wie traurig die Lage dieser Arbeiter ist, das braucht man nicht in der sozialdemokratischen Presse zu lesen; man liest es ja in den amtlichen Berichten der Fabrikinspektoren, welche diese Lage als menschenwürdig bezeichnen. Die schmutzigen Strohlagerstätten der Arbeiter widersprechen allen Ansprüchen der Menschlichkeit; die Besitzer sind konservative und liberale Leute, die die Sozialdemokraten wer weiß wie schlecht machen, wenn man in ihre Nähe kommt. Der Fabrikinspektor des Regierungsbezirks Potsdam sagt: „Die Klagen über Krankheiten und schlechte Wohnungen sind fast in ganzen Bezirk gleichlautend. Die Wohnungen sind vom durchdringenden Regen feucht, das Bettstroh feucht und voller Ungeziefer.“ Ein 15jähriger zurückgebliebener Junge hatte ein jämmerliches gemeinsames Lager, das von Schmutz strotzte, mit seiner Schwester zusammen. In einem anderen Fall wird berichtet, daß bei der Besichtigung der Schlafstätten sich herausstellte, daß ein 15jähriges Mädchen mit zwei erwachsenen Burschen ein gemeinschaftliches Lager hatte. Die Unternehmer müßten, ehe sie Arbeiter hereinholen dürften, den Beweis führen, daß die Arbeiter eine menschenwürdige Unterkunft haben, und wenn sie keine Wohnungen finden könnten, sollten sich die Kapitalisten daran machen, entsprechende Wohnungen zu bauen, oder die Ausbeutung der Arbeiter unterlassen. Mit diesen miserablen Wohnungsverhältnissen hängt das traurige System der Wanderarbeit zusammen. Die aus fremden Gegenden zugewanderten Arbeiter werden zu Lohnrädern und das System der Wanderarbeit beweist auch, wie traurig es im Osten stehen muß, wenn Wanderarbeiter trotz solcher miserablen Wohnungs- und Lohn-Ver-

hältnisse doch dorthin kommen, um sich da glücklicher zu fühlen. In den Berichten wird allgemein geklagt, die Arbeiter fänden noch kein rechtliches Verhältnis zu den Gewerbe-Inspektoren. Uns wundert das nicht. Die Gewerbe-Inspektoren leiden, obwohl sie eine andere Position haben als die Polizei, doch an der Beschäftigung, mit welcher einmal die Polizei in unserem Lande befaßt ist. Wir haben bei der ganzen Bevölkerung nicht eine besondere Freundlichkeit der Polizei gegenüber zu konstatieren. Etwas Nehuliches hindert es auch, daß die Arbeiter in dem amtlich angestellten Gewerbe-Inspektor Vertrauen haben und dazu kommt, daß selbstverständlich es dem Arbeiter gefährlich werden kann, wenn er sich beim Gewerbe-Inspektor meldet. Ganz anders wäre es, wenn die Arbeiter selbst die Gewerbe-Inspektoren wählten. Man bräuhete sich nicht darum zu kümmern, daß auch die tüchtigsten Männer gewählt würden; die würden die Arbeiter schon herausfinden. Daneben müßte ein Ehrenamt in dieser Beziehung eingeführt werden. Die Vertreter des Volks, Stadtverordnete, Landtags- und Reichstags-Abgeordnete müßten das Recht haben, zu untersuchen, ob auch die Gesetze, die sie machen, und die Polizeiverordnungen befolgt werden. Wir könnten durch unser Mandat viel lernen, wenn wir im Deutschen Reich das Recht hätten, in die Betriebe hineinzuschauen.

Das jetzige System führt jedenfalls nicht zum Ziel. Beim Lesen der Berichte hat man immer das Gefühl, auf diesem Wege geht es nicht. Vor allem müssen die Arbeiter sich organisieren. Alle jene kleine Reformchen und kleine Verbesserungen, die sich nur auf einzelne Dinge erstrecken, helfen nicht vorwärts, so lange nicht eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern vorgenommen wird. Wenn wir heute die Frauen aus der Arbeit nehmen und im übrigen nicht der Familie, die noch von der Arbeit der Frau lebt, eine Existenz geben, dann wird es nicht möglich sein, die Frauenarbeit in den Betrieben abzuschieben, wo sie an und für sich nicht berechtigt ist. Deshalb muß die Sozialreform, durch die man angeblich den Arbeitern helfen will, so gründlich sein, wie wir Sozialdemokraten es fordern. Regierung und Reichstag müssen es sich zur Pflicht machen, für die Ziegelei-Arbeiter besser als bisher zu sorgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird um 5 1/2 Uhr ein Vertagungsantrag angenommen. Präsident v. Duol macht dem Hause die schmerzliche Mittheilung, daß der Abg. Stephan-Torgau (Sp.) verstorben ist; das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Janeris.)

### Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahlen.** Infolge des ungünstigen Ausfalls der Wahl am Dienstag haben wir in Braunschweig nur noch einen Vertreter im Stadtverordneten-Kollegium, nämlich den Genossen Mele, dessen Amtsperiode noch nicht abgelaufen ist. Das spezielle Resultat der Wahl ist folgendes: Im 1. Bezirk erhielt Genosse Pepler 528 Stimmen, der Nischlandidat 772 St., letzterer ist gewählt. Im 2. Bezirk erhielt Genosse Günther 842 Stimmen, der Nischlandidat 1012 St., letzterer gewählt. Im 3. Bezirk erhielt Genosse Khamann 658 Stimmen, der Nischlandidat 708 Stimmen, letzterer gewählt. Im 4. Bezirk erhielt Genosse Ksmus 676 St., der Nationalliberale 820 Stimmen, der Welfe 184 Stimmen, hier ist Stichwahl erforderlich.

Die Mandate für den 2. und 3. Bezirk waren bisher sozialdemokratisch vertreten. Wir haben also zwei Mandate eingebüßt. Die Zahl unserer Stimmen ist indessen gewachsen.

**Inferum Genossen v. Volkmar** machte in der letzten Zeit sein altes Leiden viel zu schaffen, indem die Wunden, die er im deutsch-französischen Kriege erlitten hat, wieder einmal ausbrachen. Er hat sich nun den Fuß mittels eines Nütgen'schen Apparats durchleuchten lassen, wobei sich ergab, daß in dem Unterschenkel Volkmar's noch vier Fremdkörper sich befinden, darunter nächst der aufgetroffenen Wunde eine platt gedrückte Kugel. Volkmar will sich dieses Projektill demnächst aus dem Bein entfernen lassen. Die Operation ist, wie die „Münchener Post“ mittheilt, sehr einfach und wird zweifellos die vollständige Heilung der alten Wunden herbeiführen. Auch die übrige Kur Volkmar's macht die allererfreulichsten Fortschritte.

**Die italienische Arbeiterpartei** hat dieser Tage in Mailand einen Provinzialkongress für die Lombardie abgehalten. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die Landarbeiterbeziehung die Agrarfrage. Es wurde beschlossen, Erhebungen anstellen über die Lage der Landwirtschaft, über die Erfolge der sozialistischen Propaganda und über den Stand der Organisation. Die Resultate der Erhebungen dürften zu interessanten Debatten auch auf dem allgemeinen Parteitag der italienischen Genossen Anlaß geben.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.** Wegen Verleumdung eines Schumanns wurde in Stettin der verantwortliche Redakteur des „Volkboten“, Genosse Hennig, zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Das heutige alles verboten wird, das übersteigt alle Grenzen. In Magdeburg wollte der Vertrauensmann unserer Partei Versammlungs-Platze anschlagen lassen. Der Bekanntheits der Versammlungen waren folgende Zeilen beigefügt: „Frauen, Arbeiter, Bürger! Erscheint pünktlich und zahlreich! Agitirt überall für den Besuch dieser Versammlungen. Wir wollen aus dem Munde eines Hamburger Redners hören, wie es unseren kämpfenden Brüdern und Schwestern ergeht, damit wir mit neuer Kraft für dieselben wirken können. Ganz besonders werden die Arbeitslosen ersucht, diese Versammlungen zu besuchen.“ Diese Sätze sind, wie die „Volkstimme“ mittheilt, von dem Polizei-Inspektor Schmidt beanstandet worden, und es mußten infolgedessen neue Plakate angefertigt werden.

### Gewerkschaftliches.

Aus Weisenfels wird uns über die Differenzen in den Schuhfabriken geschrieben: Durch das brutale Vorgehen der Fabrikanten ist es leider zum Ausstand von circa 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen gekommen. In zwei großen Versammlungen der Arbeiter der Schuhindustrie wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen erklären hiermit, für die erste Woche des Ausstandes auf die Unterstützung zu verzichten, um den Herren Fabrikanten zu zeigen, daß die Arbeiter gewillt sind, der erfolgten Herausforderung mit aller Energie entgegenzutreten und auf die Dauer des Streiks sich einmal noch größere Entbehrung auszuwerfen, wie sie im Arbeitsverhältnisse von jeher gewöhnt sind.“ Weiter wurde in geheimer Abstimmung per Stimmzettel folgender Beschluß gefaßt: „Es soll in jeder Fabrik eine Kommission den Unternehmer fragen, ob er die Kündigung zurücknehmen will. Geschieht das, so ist die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Geschieht das nicht, so sollen die neuen Forderungen gestellt werden.“ Für diesen Beschluß wurden 1044, dagegen 69 Stimmen abgegeben.

Wie ein schon gestern mitgetheiltes Wolff'sches Telegramm meldete, beharren jedoch die Fabrikanten darauf, daß die streikenden Arbeiter des Fabrikanten Blasig die Arbeit wieder aufnehmen, zu welchem Zwecke die Fabrikanten die Kündigung aller ihrer Arbeiter ja bekanntlich vorgenommen haben. Ein Herold-Telegramm vom Mittwoch berichtet: In der Dienstag-Versammlung der Gewerksvereiner, welcher auch die Fabrikanten bewohnten, wurde ein Ausgleichsvorschlag der Centralleitung auf Einsetzung einer gemischten Kommission abgelehnt. Die übrigen organisierten Arbeiter lehnten einen ähnlichen Vorschlag der Fabrikanten ebenfalls ab, weil sie keine Gemeinschaft mit den Gewerksvereiner und den Nichtorganisierten haben wollten. In 19 größeren Fabriken herrscht völlige Arbeitsruhe, während in 8 Fabriken theilweise gearbeitet wird. Die übrigen Fabriken arbeiten dagegen vollständig. Zugang von Schuhmachern nach Weisenfels ist auf's strengste fernzuhalten.

Man schreibt uns ferner aus Weisenfels: Abgegeben von zwei bis drei unbedeutenden Fabriken ist sämtlichen Arbeitern am vorigen Montag gekündigt worden. Am Montag fanden zwei Versammlungen statt, die stärker besucht waren, als dies selbst bei Wohlgeiten hier üblich ist. Das größte Lokal der Stadt, welches einige 1000 Personen faßt, wie das Arbeiterlokal, mußten lange vor Beginn der Versammlungen abgepfercht werden. Die Arbeiter hatten in den zwei Versammlungen den Beschluß gefaßt, Dienstag früh bei den Fabrikanten nochmals anzuklopfen, ob sie die Kündigung zurücknehmen und Frieden schließen wollten. — Die Friedensstiehe der Arbeiter fand kein Entgegenkommen bei den Unternehmern. Dienstag fanden wieder drei stark besuchte Versammlungen statt, wovon eine von den Gewerksvereiner einberufen war. In allen drei Versammlungen wurde beschlossen, nochmals die Fabrikanten zu fragen, ob sie die Kündigung rückgängig machen wollen, es sollen dann (bis zum Oktober) keine höheren Forderungen gestellt werden. Die Fabrikanten lehnten jedoch einen friedlichen Vergleich wiederum ab und wollten die absolute Niederwerfung ihrer Arbeiter.

**In Kottbus** sind bei einzelnen Mitgliedern der Streik-Kommission der Textilarbeiter Hausdurchsuchungen nach den von dem großen Streik herüberbrachten Schriftstücken, Listen etc. vorgenommen worden. Einiges ist beschlagnahmt worden. Wie das „Niederlausitzer Volksblatt“ erfährt, liegen dieser von der Staatsanwaltschaft veranlaßten Aktion mehrere kleinere Unregelmäßigkeiten zu grunde, die einzelnen Mitgliedern der Streikkommission bei der Eintragung der Eingänge unterlaufen sind. Das „Volksblatt“ bemerkt weiter: „Trotzdem diese Unregelmäßigkeiten bei der Angeklagtheit der Arbeiter mit dieser Arbeit und der durch die plötzliche gewaltige Ausdehnung des Streiks in Kottbus den einzelnen Streik-Komiteemitgliedern aufgebürdeten Arbeit leicht erklärlich sind, wurden sie doch von anarchistischer Seite an die große Glocke gehängt, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß den betreffenden Komiteemitgliedern noch, statt Dank zu ernten, Unannehmlichkeiten erwachsen.“

**In Maßen** ist der Streik der Textilarbeiter der Firma Granderger u. Co., der wegen einer Lohnreduktion ausbrach, zu gunsten der Arbeiter beendet. Die bisherigen Lohnsätze bleiben aufrecht erhalten und die Streikbrecher werden entlassen. Das alle Personal hat am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Tageslang dauert der aus gleicher Ursache entstandene Streik der Textilarbeiter der Rosenbergschen Fabrik unverändert fort; trotz der größten Mühe ist es der Firma nicht gelungen, Ersatz für die Ausständigen zu schaffen.

**Im Streik in der Tied'schen Schuhfabrik in Ottensen** wird im „Hamburger Echo“ erklärt, die von der Firma Tied den Kunden gemachte Mittheilung, 60 ihrer alten Arbeiter hätten die Arbeit wieder aufgenommen, sei unwahr. Keiner der Streikenden sei bis jetzt dort wieder in Arbeit getreten.

**Aus Wien.** Der Verwaltungsrath der Wiener Tramway-Gesellschaft hat den Werkstätten-Arbeitern in Rudolfsheim den Neuwundentag vom 1. Januar ab unter folgenden Bedingungen bewilligt:

Die Arbeitszeit beginnt um 1/8 Uhr früh und dauert bis 12 Uhr mittags; sie beginnt wieder um 1/2 Uhr nachmittags und endet um 6 Uhr abends. Während dieser Arbeitszeit fallen Frühstück- und Jansen (Vesper)pause weg; es darf sich während derselben niemand um- oder ankleiden. Wer sich den Bestimmungen nicht fügen kann, sofort entlassen werden.

**Die Lohnbewegung der schweizerischen Eisenbahn-Angestellten**, die vor etwa Jahresfrist ihren Anfang nahm und nach und nach auf alle größeren Bahnen sich erstreckte, hat erst jetzt ihren definitiven Abschluß gefunden. Am Abend des 5. Januar versetzte Nationalrath Dr. Sourbed, der Sekretär des Verbandes der schweizerischen Eisenbahn-Angestellten in St. Gallen über den ganzen Verlauf der Bewegung, nachdem er noch am selben Tage mit dem Betriebsdirektor der Vereinigten Schweizerbahnen die letzten Formalitäten erledigt hatte. Nach seinen Ausführungen haben die Vereinigten Schweizer Bahnen im Jahre 1896 infolge der gemachten Zugeständnisse allein 3 Millionen Franken an Löhnen mehr ausbezahlt gehabt. Alle Wünsche der Arbeiter seien noch nicht erfüllt, aber doch schon vieles erreicht. So solle das Rangir- und Transportpersonal jetzt einen 25 pCt. höheren Betrag an Entschädigung für das Uebernachten. Die Freizügigkeit der Pensionirten und die Revision des eidgenössischen Ruhetags-Gesetzes im Sinne der Einführung des Zehntendertages für den Bahnbetrieb bezeichnet Herr Sourbed als die beiden nächsten Ziele des Eisenbahner-Verbandes.

**Aus England** berichtet die „Allnische Volkzeitung“: Vor wenigen Tagen schien es, als ob die Schiffsarbeiter im Nordosten Englands stillgelegt werden würden. Ein Streik über die Vertheilung der Arbeit zwischen einzelnen Arbeiterklassen hatte dazu geführt, daß eine derselben auf dem Walker'schen Schiffsbauhof der Firma Armstrong die Arbeit niederlegte. Daraufhin erklärten die vereinigten Werften am Tyne, Tees, Wear und den Hartlepool's eine Erklärung, worin sie sämtlichen Mitgliedern des Kesselbauer-Verbandes die achtstägige Kündigung zustellen und auch ihren übrigen Arbeitern dementsprechend verringerte Thätigkeit kundgaben, falls die Arbeiter des genannten Schiffsbauhofs die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden. Der Verband der Kesselbauer unterbreitete seinen Mitgliedern die Frage, und diese haben durch Stimmzettel mit 9297 gegen 895 sich dahin entschieden, daß die ausländischen Arbeiter den Vertrieh wieder aufnehmen sollen. Infolge dessen kann angenommen werden, daß die letzteren nachgeben und die Kündigungen der Arbeitgeber zurückgezogen werden.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Frankfurt a. M., 13. Januar. (B. G.)** Die „Frankf. Ztg.“ erfährt aus Budapest: In hiesigen Parlaments- und Gelehrtenkreisen wurde beschlossen, nach dem Muster der Berliner Urania am hiesigen Hofe ein wissenschaftliches Theater zu veranlassen, um Sternwarte zu errichten.

**Frankfurt a. M., 13. Januar. (B. G.)** Ein Mailänder Telegramm der „Frankf. Ztg.“ bringt die Nachricht, daß der Cavaliere Woffi, Kassirer der Volksbank in Trienza, fälschlich geworden ist unter Mitnahme von 160 000 W. Dasselbe Institut wurde bereits im November in gleicher Weise betroffen, indem der Kassirer und der Buchhalter flüchteten und 270 000 Lire mitnahmen.

**Wien, 13. Januar. (B. G.)** Der „Böhmische Anzeiger“ macht in Betracht der drohenden Gefahr bei der Einschleppung der Pest den Mächten den Vorschlag, die in Wien auf die asiatische Cholera auf der Dresdener Konvention festgesetzten Prinzipien auch auf die Pest auszuwenden.

**Antwerpen, 13. Januar. (B. Z. B.)** In der Zweigniederlassung der Leipziger grossen Annerie in Hoboken bei Antwerpen ist gestern Abend eine große Anzahl von Arbeitern in den Ausstand getreten. Nachher, sehr viel der Ausständigen heute noch zugenommen hat, feiern nunmehr über 1000 Arbeiter. Dieselben verlangen eine Lohnhöhe von 300.

**Paris, 13. Januar. (B. G.)** Gestern Abend fand das dritte anarchistische Meeting statt. Die anarchistischen Redner ergingen sich in heftigen Anschuldigungen gegen die Spanier und vertheidigten die Sache der kubanischen Insurgenten. Die Ordnung wurde nicht gestört.

**Paris, 13. Januar. (B. G.)** Das Zivilgericht des Seine-Departements fällt heute das Urtheil, wonach Barban, Blondin und Charles Lefevre für 801 000 Franken solidarisch verantwortlich zu machen sind. Die Verhaftung Barban's wurde für gesetzlich erklärt. Blondin und Lefevre sollen ebenfalls verhaftet werden, falls sie den Boden Frankreichs betreten.

Abgeordnetenhause.

17. Sitzung vom 13. Januar 1897. 11 Uhr. Am Ministerpräsidenten Miquel und Kommissar Geh. Finanzrat Schumann.

Zweite Beratung des Schuldentilgungsgesetzes. Die Kommission hat die Schuldentilgung in obligatorischer Form festgestellt, dagegen die Bildung eines sogenannten Ausgleichsfonds (von 80 Millionen) abgelehnt.

Abg. Richter (fr. Sp.): Die obligatorische Schuldentilgung erscheint nach der Kommissionsberatung womöglich noch weniger begründet als vorher. Unsere Staatsschulden sind hauptsächlich durch Eisenbahn-Verstaatlichungen entstanden. Auch der von der Kommission beschlossene Prozentsatz von 1/2 ist ganz willkürlich. Eine Sicherung, daß das Staatsvermögen durch die Schuldentilgung sich erhöht, ist nicht gegeben. Verfolgt ein späterer Minister eine entgegengesetzte Politik, so ist er nicht gehindert Anleihen neu aufzunehmen. Die Finanzlage wird durch die obligatorische Schuldentilgung verschleiert und das vielbesprochene psychologische Moment, daß nämlich die Schuldentilgung zur Sparsamkeit antreibt, scheint nicht überall zuzutreffen; denn in anderen Staaten mit obligatorischer Schuldentilgung ist die Neigung zur Aufnahme neuer Schulden ziemlich allgemein. Präsentiert sich nun einmal unser Etat mit einem Defizit, was soll dann geschehen? Sollen dann zwecks Schuldentilgung Zuschläge zur Einkommens- und Vermögensteuer erhoben werden? Der Finanzminister scheint verhindern zu wollen, daß das Abgeordnetenhause zwar keine Steuervorschläge machen kann, wohl aber Steuererhöhungen zu bewilligen geneigt werden kann; es will die Quotierung der Steuern unmöglich machen.

Abg. v. Redlich (fr. Sp.): Die Schuldentilgung erhöht in keiner Weise die Lasten des Staates. Der Gedanke, in Jahren mit reichen Betriebserlösen die Schuldentilgung von der Hand zu weisen, grenzt geradezu an Unsolidität. (Beifall.) Der Gedanke der Quotierung der Vermögens- und Einkommensteuer ist auch praktisch bedenklich. Sehen wir nun Erhöhungen dieser Steuern fest, so kommt das den Wohlhabenden hervorragend zu Gute; das würde aber selbst der Abg. Richter nicht wünschen. Kulturzwecke sollen nicht leiden, aber bewahren müssen wir uns, diese Zwecke auf dem billigsten Wege zu erreichen. Für das Extraordinarium und dessen reichere Ausstattung wird gerade durch eine obligatorische Schuldentilgung erst die nötige Bewegungsfreiheit geschaffen. Auch die Finanzverwaltung im Reichstage bedingt, daß wir hier sparsam sind und auf Schuldentilgung ernstlich bedacht nehmen, wodurch unser gesamtes Finanzwesen zugleich eine festere Gestalt erlangen wird. Medner empfiehlt dann noch die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, die von der Regierung die Vorlage eines Gesetzes verlangt, wodurch die Verwendung der Eisenbahnüberschüsse für die allgemeinen Staatsbedürfnisse im Sinne früherer Beschlüsse des Abgeordnetenhauses geregelt werden soll.

Abg. Bachem (Z.): Alle scheinen damit einverstanden, daß die Eisenbahnüberschüsse für allgemeine Staatszwecke bis zu einem gewissen Umfange verwendet gemacht werden; aber genauere Vorschläge fehlen. Die Vorwürfe gegen die Reichsfinanzverwaltung sind nicht gerechtfertigt. Der Kartell-Reichstag hat eine Milliarde Schulden aufgenommen und 486 Millionen an die Einzelstaaten gezahlt. (Zuruf: Jeder Mann und jeden Groschen!) Was aus dem Saße folgt, haben auch wir bewilligt, aber wir haben die unsoliden Finanzpolitik des Kartell-Reichstages nicht mitgemacht. Die Resolution der Kommission, worin wir es für eine anderweitige Regelung der Verwendung von Eisenbahn-Überschüssen zu allgemeinen Staatszwecken durch Gesetz gefordert wird, ist unklar und nichtsfahend und hat weder für uns noch für die Regierung Werth.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Für das Auspowern der Einzelstaaten ist das Zentrum hauptsächlich verantwortlich, denn die Zahlungen erfolgen auf Grund der Klausel Francenstein. Wir wollen unsere Maßnahmen treffen gegenüber den Finanzgefahren, die uns vom Reiche drohen.

Minister Miquel: Ich hätte gewünscht, daß die Frage der Reichsfinanzpolitik nicht so in den Vordergrund gedrängt würde. Herr Bachem ist noch jung und scheint nicht zu wissen, daß sich beim Zentrum ein gewaltiger Umschwung in der Finanzpolitik vollzogen hat. Früher fürchtete das Zentrum, die Einzelstaaten könnten vom Reiche ausgefressen werden; daher die Klausel Francenstein. Heute behauptet Bachem Auspowern des Reiches durch die Einzelstaaten; das erinnert doch an den Satz: Die Powerität kommt von der Armut (Heiterkeit.) Die Notwendigkeit des Ausgleichsfonds wird man je länger je mehr einsehen. Medner empfiehlt ausdrücklich den Ausgleichsfonds, der allein Gewähr dafür schafft, daß das angesammelte Geld nicht zu ungeeigneten Zwecken verwendet wird. Wir wäre es lieber, wenn man den Prozentsatz der Schuldentilgung auf 1/2 pSt. belasse (die Kommission hat 1/2 pSt. beschlossen) und den Ausgleichsfonds nicht ganz ablehne.

Abg. Brömel (fr. Sp.): Wir halten fest an der vollen Freiheit der Entscheidung über die Einnahmen und Ausgaben und verwerfen deshalb die Vorlage und die Resolution.

Abg. v. Arnim (L.): Den Ausgleichsfonds haben wir zwar erworben, aber wir bestritten nicht die Zweckmäßigkeit eines Eisenbahn-Reservefonds. In diesem Sinne werden wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Schmieding (natl.) belämpft die Erhöhung der Amortisation von 1/2 auf 1/3 pSt.

Abg. v. Tiedemann-Bornst (fr.) empfiehlt die Beschlüsse der Kommission.

Abg. Bued (natl.) tritt ebenfalls für die Kommissionsbeschlüsse ein. Bezüglich der Tariffragen müsse er für das Haus das Recht in Anspruch nehmen, in wichtigen Fragen mitzusprechen. Man scheint jetzt die Landes-Eisenbahnrath falsch zu beurtheilen; er habe nur die Bedeutung eines Beirathes, nicht die einer selbständigen Behörde.

Abg. Dr. Jemer (L.) tritt ebenfalls für die Kommissionsvorschläge ein.

Minister Miquel bemerkt, daß er von der Vorlage als seinem politischen Thesen in dem Sinne gesprochen habe, wie man das von einem Angehörigen der Partei annehmen könne, der den Wunsch habe, das Finanzschiff des Staates in einen sicheren Hafen zu bringen. Wenn er so lange lebte, könnte, als ihn die Angriffe fortschrittlicher Blätter verfolgten, so werde er sicher altersschwach werden. (Heiterkeit.)

Morgen 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung und kleinerer Vorlagen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Zu der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkommmission fragte bei der ersten Forderung (50 000 M.) die nächste Pariser Weltausstellung Singer an, ob sich wohl die Gesamterlöse belaufen würden. Herr v. Richter antwortete, daß Oesterreich für diesen Zweck ca. 1 1/2 Millionen Gulden in Aussicht genommen habe, Ungarn kaum weniger in Aussicht nehmen werde, so daß Deutschland, das alles daran setzen muß, würdig in Paris vertreten zu sein, wohl kaum unter 5 Millionen M. davon kommen werde. Die Chicagoer Ausstellung habe ca. 3 000 000 M. erfordert. Bringt o. Arnberg fragt an, ob für ein gemeinsames Arrangement Sorge getragen sei und wünscht Vorbehalte getroffen zu sehen, nur das Beste ausgestellt werde. Man müsse Schandwaare fernhalten. Der Kommissar Deutschlands für die Pariser Weltausstellung, Dr. Richter, theilt mit, welche Abmachungen sich jetzt mit der französischen Regierung in Bezug auf die Ausstellung getroffen seien. Man habe das größte Entgegenkommen gewonnen und habe er die Hoffnung, daß Deutschland würdig

vertreten sein werde. Die Befürchtungen des Prinzen Arnberg theile er nicht. Es bestehe die Absicht, für die 18 Gruppen, die auf der Ausstellung arrangiert werden sollten, Kommissionen von Sachverständigen zu bilden, die über die Zulassung der Gegenstände zur Ausstellung mit zu entscheiden hätten. Ebel äußert seine Ermahnung, daß man die unglückselige, für Deutschland höchst nachtheilige Zurückhaltung aufgegeben habe, die man der Pariser Ausstellung 1889 gegenüber betätigte. Er würde lieber zehn Millionen für eine internationale Ausstellung als 100 Millionen für neue Geschäfte bewilligen. In dem friedlichen Weltkampfe der Weltausstellungen, fördere man die Kulturinteressen der Menschheit, was man von dem Wettstreit und den militärischen Rüstungen nicht sagen könne. Auch er theile nicht die Befürchtungen des Prinzen Arnberg, Deutschland könne guten Muths in jeden Konkurrenzkampf eintreten. Er warne aber vor den Sachverständigen-Kommissionen, die leicht Ursache zu großen Klagen geben könnten; man solle durch die Presse auf günstige Ausstellungsergebnisse hinzuwirken suchen. Bundeskommissar Dr. Richter: Man werde alle Vorkehrungen treffen, es müsse aber darauf gesehen werden, daß nur das Beste ausgestellt werde. Auch die Propaganda durch die Presse werde ins Auge gefaßt, das sei schon bisher geschehen. Singer erklärt ebenfalls seine Sympathie für das Unternehmen, er warte aber, daß man dahin komme, eine Ausstellung zu schaffen, bei der die gute marktsfähige Waare, auf deren Absatz es ankomme, nicht vertreten sei. Auch er habe die Ansicht, daß Deutschland auf den vom Prinzen Arnberg hervorgehobenen Gebieten sehr wohl konkurrenzfähig sei, das beweise Berlin, und die Erfahrungen, welche die Berliner Stadtverwaltung mit der Schaffung von Kunstwerken aus Gemeindegeldern gemacht habe.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Maßregeln, die bezüglich der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche getroffen werden. Es betheiligen sich daran die Abgg. Müller (Zulda), Lieber, v. Kardorff, Dr. Lingens und verschiedene Regierungskommissare. Abg. Lingens fragt an, ob und welche Maßregeln gegen die mögliche Gefahr der Pest-Einschleppung aus Indien getroffen worden seien. Der Leiter des Reichs-Gesundheitsamtes giebt beruhigende Erklärungen ab.

Eine weitere Debatte erhob sich bei den Forderungen für die Reichsdruckerei. Abg. Gasse beschwert sich, daß die Reichsdruckerei der Privatindustrie Konkurrenz mache und letzterer die besten Arbeitskräfte abspenstig zu machen suche. Von Seiten der Vertreter der Regierung wird dieses bestritten. Ebel fordert, daß die Reichsdruckerei das drucke, was das Reich brauche, z. B. auch die Reichstags-Druckereien, die jetzt die Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ herstelle. Den Privatgeschäften Konkurrenz machen dürfe die Reichsdruckerei nicht.

Bei der Beratung des Postetats entsteht zunächst eine Debatte über die Höhe der angelegten Steuern. Die Abgg. Weis und Ebel befürworten Erhöhung des Einnahme-Ansatzes um 3 beziehungsweise 1 1/2 Millionen Mark, die Abg. Paasche, Müller-Zulda, Lieber und von Leipziger bekämpfen aber mit den Regierungsvertretern dieses Verlangen. Die bezüglichen Anträge werden abgelehnt. Eine weitere Erörterung rufen Petitionen hervor, die sich mit der Erhöhung des Gewichtes für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramma, für Erhaltung der Telephongebühren beschäftigen. Abg. Paasche als Referent spricht sich in der Hauptsache für die Petenten aus, Staatssekretär Stephan dagegen und zwar aus finanziellen Gründen. Der Staatssekretär wiederholt hierbei alle die schon bei früheren Gelegenheiten erwähnten Gründe. Singer tadelt die Beurtheilung dieser Forderungen aus dem fiskalischen Gesichtspunkt, das Verkehrsinteresse, die allgemeinen Volkswünsche seien maßgebend. Er fordert demgemäß die Erhöhung des Gewichtes für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramma, die Herabsetzung des lokalen Briefpostes — wobei er auf das Beispiel von Württemberg und Bayern hinweist — und die Herabsetzung der Telephongebühren. Diese Reformen würden den Verkehr wesentlich heben und die Einnahmen sich erhöhen.

Die Debatte wurde abgedrochen und die Sitzung auf Donnerstag verlagert.

Aus der vergleichenden Uebersicht der Ergebnisse der Einkommensteuer- und Ergänzungsteuer-Veranlagung für 1895/96 und 1896/97, die soden dem Abgeordnetenhause zugegangen ist, ergibt sich, daß an Einkommensteuer in Preußen 1896/97 bei 2 654 444 Jeniten 127 080 740 M. veranlagt sind; gegen das Jahr 1895/96 bedeutet das ein Mehr an Jeniten von 49 281, an Steuern 3 647 274 M. An diesem Mehr sind die nicht physischen Personen (Aktiengesellschaften und dergleichen) nicht beteiligt. Diese haben im Gegenheil 142 420 M. weniger an Steuern ausbezahlt. Die Veranlagung der physischen Personen übertrifft bei 2 652 515 Jeniten mit 120 305 978 M. das Vorjahr um 3 789 694 M. Bei der zum Zwecke der Veranlagung vorgenommenen Personenzählung-Aufnahme betrug die Zahl der Bevölkerung 31 349 288, von denen 8808 als Exterritorale und 21 058 150 als solche einkommensteuerfrei blieben, deren Einkommen 900 Mark nicht übersteigt. Die Zahl der letzteren betrug in den Städten 7 462 675, auf dem Lande 13 698 778. Mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. sind veranlagt in den Städten 251 958, auf dem Lande 79 188 Personen. Das gesammte veranlagte Einkommen der Jeniten beträgt 6 086 052 635 Mark, wovon auf die Städte 4 180 279 309, auf das Land 1 902 773 326 M. entfallen. Das Durchschnittseinkommen stellt sich in den Städten auf 2660, auf dem Lande auf 1762, überhaupt auf 2295 M.

Die Ergänzungsteuer hat im Vergleich zum Jahre 1895/96 mit Beibehaltung der erhöhten Steuerhöhe bei einem Mehr von 14 413 Jeniten an Steuer ein Mehr von 18 765 M. gebracht. Veranlagt zur Ergänzungsteuer sind 3,72 pSt. der Gesamtbevölkerung, und zwar in den Städten 528 305, auf dem Lande 638 440 Personen. Auf einen Jeniten in den Städten kommen 3,26, auf dem Lande 4,17 Köpfe. Mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. sind 892 641, mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. 274 104 Jeniten zur Ergänzungsteuer veranlagt.

Die gestrige Reichstagsrede des Genossen Müller ist zu unserm Bedauern, aber ohne unser Verschulden, im Parlamentsbericht sehr schlecht weggekommen. Der Grund liegt in dem Doppelzustand, daß die Rede zu sehr später Stunde gehalten wurde, und daß der Redner, der ein sehr schwaches Organ hat, auf der Tribüne der Berichterstatter unverständlich war. Da die Rede sehr werthvolles Material namentlich für die Agitation unter den Vergleuten enthält, so wird der „Vorwärts“ noch einen gedrängten Auszug bringen, sobald der stenographische Bericht vorliegt. Außerdem ist der Abdruck des stenographischen Berichts zur Vertheilung in den Vergarbeiter-Distrikten in Aussicht genommen.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Der Hamburger Arbeitgeber-Verband hat, auf Antrag des Vereins Hamburger Arbeiter, unterm 12. Januar an den Senat ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: Der wohlbekannteste Rathschlag, welchen der hohe Senat den ausständigen Hafenarbeitern in Erwiderung auf ihr Gesuch ertheilt hat, ist von diesen nicht befolgt worden, weil ihnen eingeredet wird, daß sie in der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit eine Demüthigung zu erliden haben. In Wirklichkeit enthält das Versprechen des Senats, eine die Abstellung von etwaigen Mängeln bezweckende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse einzuleiten, ein Entgegenkommen, demgegenüber von einer Demüthigung nicht die Rede sein kann. Andererseits scheint den Arbeitern noch das Vertrauen in den guten Willen

der Arbeitgeber, an solcher Untersuchung ehrlich mitzuwirken, benommen zu sein.

Die Arbeitgeber können vor beendigtem Auslande den erhobenen Forderungen nichts nachgeben, ohne sich fortgesetzten unerträglichen Benüthigungen in ihrem Erwerbsterben auszuweisen, am wenigsten jetzt, wo sie nicht mehr zu besorgen haben, zum Nachgeben gezwungen zu werden. Der Arbeitgeber-Verband ist jedoch von dem Wunsche befeelt, den Beweis zu liefern, daß er es mit der Abstellung etwa vorhandener Mängel ehrlich meint und den Ausständigen den Schritt zu erleichtern, zu der Arbeit zurückzukehren, welche ihnen um so mehr verschlossen sein wird, je länger sie die Rückkehr hinausschieben. Dem Verbands sind zwar erhebliche Mängel, soweit solche nicht in der allgemeinen Mangelhaftigkeit menschlicher Einrichtungen liegen, nicht bekannt. Er wird sich jedoch gern darauf aufmerksam machen lassen, und gefaßt sich deshalb, bei hohem Senate zu beantragen, unabhängig von der geplanten Untersuchung einen Hafeninspektor anzustellen, dessen Aufgabe es sein wird, nach Art der Fabrikinspektoren die Arbeitsverhältnisse auf allen Gebieten des Hafensverkehrs zu überwachen und Verbesserungen herbeizuführen, wo solche angebracht sind. Es sieht zu hoffen, daß damit eine den Arbeitern erwünschte und dem sozialen Frieden nützliche dauernde Institution geschaffen werden wird.

Das Schreiben, das von dem Stauer Hermann Blohm als Vorstehendem des aus Unternehmervereinigungen aller möglichen Gewerbe bestehenden Arbeitgeber-Verbandes unterzeichnet ist, bedeutet gegenüber der bisherigen Haltung des Unternehmertums eine bemerkenswerthe Wendung zum Bessern. Zudem die Unternehmer selbst sagen, daß bei der Wiederaufnahme der Arbeit, die der vom Senat in seinem Vergleichsvorschlag versprochenen Untersuchung der Arbeitsverhältnisse vorhergehen würde, von einer Demüthigung der Arbeiter nicht die Rede sein kann, geben sie zu, daß die Arbeiter keine Niederlage erleiden, wenn sie darauf eingehen. Dadurch gesehen die Unternehmer ein, daß sie darauf verzichten, die Arbeiter zu Paaren treiben zu können.

Was aber das Ersuchen betrifft, der Senat solle ein Hafeninspektorat schaffen, so ist damit einem alten, schon seit Jahren geäußerten Wunsche der Arbeiterschaft direkt Rechnung getragen. Jedenfalls wäre eine solche Institution für die Hafenarbeiter von demselben sozialpolitischen Werthe, wie das Fabrikinspektorat für die Industrie-Arbeiter.

Der Kern des Schreibens des Arbeitgeber-Verbandes ist kurzgefaßt der: Die Arbeiter und Stauer wünschen, daß ihnen die Hafenarbeiter eine goldene Brücke bauen, indem sie die Arbeit aufnehmen, bevor über die Lohnforderungen endgiltig festgesetzt wird. Um diese goldene Brücke doch noch gebaut zu bekommen, nachdem die Arbeiter den dahin zielenden Senatsvorschlag abgelehnt haben, gesehen sie jetzt die Nützlichkeit eines Hafeninspektorats zu und vermeiden es in dem Schreiben, die Arbeiter durch eine Kritik des Streiks aus neue zu reizen.

Es muß der Einsicht und der taktischen Geschicklichkeit der Arbeiterschaft Hamburgs überlassen bleiben, aus dem Schreiben des Arbeitgeber-Verbandes die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Daß die Möglichkeit beiderseitiger Verhandlungen jetzt näher gerückt ist, darauf lassen Ton und Inhalt des Schreibens wohl mit ziemlicher Sicherheit schließen.

Wie uns kurz vor Schluß des Blattes aus Hamburg mitgetheilt wird, haben gestern 13 Versammlungen der streikenden Hafenarbeiter zu dem an den Senat gerichteten Schreiben des Arbeitgeber-Verbandes folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„Bezugnehmend auf das seitens des Arbeitgeber-Verbandes an einen hohen Senat am 12. Januar d. J. gerichtete Schreiben erklärten die streikenden Seeleute und Hafenarbeiter:

Eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit ist und bleibt für uns eine Demüthigung, es ist unserer Ehre zuwider, in eine solche zu willigen. Die große Mehrheit der Streikenden hat den Vorschlag trotz der Empfehlung der Annahme desselben durch das Streik-Komitee abgelehnt, weil in demselben keine Garantien geboten waren, daß unsere berechtigten Beschwerden Rechnung getragen, die Entscheidung über Differenzpunkte durch ein unparteiisches Schiedsgericht ihre Erledigung finden würden, daß vor allem aber die alten Arbeiter eingestellt und keine Maßregelungen der während des Streiks in Vertretung unserer Interessen hervorgetretenen Personen vorgenommen würden.

Auch in der vom Arbeitgeber-Verband vorgeschlagenen Aufstellung eines Hafeninspektors, um welche wir seit Jahren vergebens petitionirt und deren Nothwendigkeit wir wiederholt nachgewiesen haben, können wir eine Erledigung der momentan obwaltenden Differenzen nicht erblicken. Die Untersuchungen eines Hafeninspektors müssen sich nach unserem Dafürhalten allerdings anker auf die an uns seit Jahren öffentlich gerügten Mängel auch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken. Eine Abstellung der Mängel, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt aber nicht in der Machtbefugnis eines Hafeninspektors, dazu ist und bleibt die Einwirkung der Arbeitgeber als solche erforderlich. Es liegt uns fern, unsere Arbeitgeber durch die Forderung einer bedingungslosen Unterwerfung ihrerseits demüthigen zu wollen.

In Veranlassung der Aeußerung des Arbeitgeberverbandes und zur Verbeiführung eines wirklichen und andauernden Friedens richten wir deshalb das Ersuchen an den Arbeitgeberverband, nunmehr durch eine aus seiner Mitte gewählte Kommission direkt interessirter Arbeitgeber mit einer von uns gewählten Kommission über die Friedensbedingungen in Beratung treten zu wollen. Gegenseitiges Vertrauen kann nur aufgebaut werden auf gegenseitiger Achtung, ein andauernder Friede kann nur herbeigeführt werden, wenn dieser die Interessen unserer Vaterstadt schwer schädigende Streit einen verbindenden, keinen der streikenden Parteien verletzenden Abschluß findet. Hierzu bieten wir unsere Hand, niemals aber zu einer uns beschämenden, unser innerstes Empfinden verletzenden bedingungslosen Unterwerfung.

Nachdem alle bisherigen Vermittelungsveruche durch nicht direkt theilhaftige Personen und Körperschaften vergeblich gewesen und obgleich die Aeußerung des Arbeitgeber-Verbandes nicht ausdrücklich an unsere Adresse gerichtet ist, beantragen wir, um im Interesse der Allgemeinheit jede Zeitverwendung zu vermeiden, unsere Kollegen: Dring, Schauermann; Reß, Grewerführer; Landrihl, Staatsquararbeiter; Veidel, Speicharbeiter; Herrich, Seemann; Krüger, Donkemann, Schmalzjohann, Kesselreiniger, sich nunmehr mit dem Arbeitgeber-Verband in Verbindung zu setzen und sind überzeugt, daß bei gleichem Entgegenkommen unserer Arbeitgeber es unschwer gelingen wird, einen beide Theile befriedigenden Modus zur Beendigung des Streiks zu finden.“

Seitens der von den Streikenden mit deren Vertretung beauftragten sieben Personen wurde die Resolution dann sofort mit einem Begleitschreiben, indem die Arbeitgeber erlucht werden, sofort eine gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitnehmers- und Arbeitgeber-Kommission anzuberufen, an den Arbeitgeber-Verband zu Händen des Vorstehenden desselben, des Fabrikanten Blohm, abgefaßt. Als die Kunde von dem Vorgehen der Arbeiter sich in der Stadt verbreitete, ahmete man allerorts erleichtert auf, denn man hofft allgemein, daß nun eine gütliche Beilegung des Streiks in den nächsten Tagen zu erwarten ist.

Aus Kiel sind bis jetzt 6900 M. Unterstützungsgelder nach Hamburg abgefaßt. — In Magdeburg sind bis jetzt ca. 11000, in Leipzig 30 000 M. gesammelt worden. — Aus Nürnberg 4400 M.

Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt, daß die Breslauer Arbeiter noch nie einen solchen Opfermuth an den Tag gelegt haben, wie beim Hamburger Streik.



**Aus den Nachbarorten.**

**Wohnung, Charlottenburg!** Die Mitglieder des Wahlvereins werden hierdurch auf die am heutigen Tage stattfindende Versammlung ganz besonders aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

**Großfeuer in Spandau.** In der letzten Nacht brannte das Konzerthaus von Benz in der Klosterstraße, ein besuchtes Ballsaal, nieder. Das Feuer griff in dem nicht massiven Gebäude mit solcher Gewalt um sich, daß die Feuerwehr lediglich auf den Schutz der Nachbargebäude bedacht sein konnte. Der Brand entstand während der Abwesenheit des Besitzers, die Ursache ist noch nicht festgestellt. Die Hauskapelle hielt gerade eine Übung ab; sie rettete mit knapper Noth ihre Instrumente. Der Schaden wird als sehr erheblich bezeichnet und soll nur zum kleinen Theil durch Versicherung gedeckt sein. Die elektrische Bahn mußte ihren Betrieb einstellen, da die Drähte unmittelbar an der Brandstelle vorüberführen. Das Konzerthaus konnte deshalb nicht massiv aufgeführt werden, weil die Bauverhältnisse für die im ersten Festungsrayon belegenen Grundstücke nur für nicht massive Häuser theilhaftig sind.

**Arbeiterrisiko.** Gestern, als der Maurer Karl Jabel gerade Feiernabend machen wollte, führte er infolge eines Fehltritts von dem in der zweiten Etage befindlichen Gerüst eines Neubaus am Heinersdorfer Wege in Weissensee, wo er seit einiger Zeit arbeitete. Er fiel mit dem Kopf unglücklicherweise auf einen unten liegenden eisernen Träger, zerbrach sich den Schädel und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshagen geschafft, wo er nach kurzer Zeit verstarb. Jabel hinterläßt in Weissensee, Nollstr. 128, Frau und drei kleine Kinder.

**Kunst und Wissenschaft.**

Das Schiller-Theater bleibt, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, im Wallner-Theater. Sorben ist, wie das Blatt hört, der Kontrakt mit Herrn Nahn, dem Pächter des Hauses, zu Stande gekommen, der die Schillerbühne auf fünf Jahre in ihrem bisherigen Geis beläßt.

Als nächste Serie der Volksvorstellungen unter Regie von Julius Tarr im Belle Alliance-Theater werden zwei moderne Dramen aufgeführt: Strindberg's „Die Eltern“ und das preisgekrönte Schauspiel des holländischen Dichters Ibsen: „Die Unheimlichen“. Die „Unheimlichen“ werden feierlich mit nachhalligen Erfolgen im Residenz-Theater aufgeführt, die Unheimlichen gelegentlich des Witterwurger'schen Gastspiels im Neuen Theater. In beiden Städten wird Fr. Jenny Rader vom Theater der Modernen gastiren.

Im Friedrich-Wilhelms-Opernhaus wird morgen zum ersten Male „Ein Hahn“, ein Volksstück in 4 Akten, nach der gleichnamigen Dichtung Fritz Reuters von Hermann Jaqué und Wilhelm Schirmer aufgeführt.

Das Nordsee-Museum. Bekanntlich hat der verstorbene Professor Dr. Pringsheim für die Errichtung eines Nordsee-Museums, das auf der Insel Helgoland neben dem biologischen Institut seinen Platz finden soll, in seinem Testament die Summe von 25 000 M. angesetzt. Die Gemeinde Helgoland glaubt nun, daß dieses Museum ein großer Anziehungspunkt für die Insel werden wird, und hat daher jetzt beschlossen, das alte Konversationshaus zur Unterbringung des Museums kostenlos zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich nunmehr nur noch um die Beschaffung der inneren Einrichtung, wozu einige Tausend Mark nötig sind. Voraussichtlich wird dieser Betrag auf die Staatskasse übernommen.

**Gerichts-Beilage.**

**Die Verkommungs-Verordnung vor Gericht.** Der Gastwirth Otto Schulze war denunziert, weil er angeblich in seinem Lokal vorwiegend Schnaps verkauft und trotzdem die zu seinem Lokal von der Straße führende Thüre während der Hauptgottesdienststunden nicht geschlossen hatte. Auf das gegen ihn erlassene Strafmandat in Höhe von 2 M. beantragte Sch. richterliche Entscheidung. In dem am Montag, den 11. d. Mts. angehaltenen Termin fungierten 8 Schlichter und der Hausdiener des Gastwirths als Zeugen. Die Frage des Vorstehenden an den Angeklagten, ob er vorwiegend Branntwein verhandelt, wurde von demselben verneint, wofür er bereit war, den Beweis der Wahrheit anzutreten, da er die Geschäftsbücher mit zur Stelle hatte. Auf die Frage des Vorstehenden an die Beamten, ob sie wissen, daß der Angeklagte vorwiegend Branntwein verhandelt, konnten sie, wie die „Deutsche Gastwirths-Zeitung“ meldet, eine bejahende Antwort nicht geben. Der eine Zeuge glaubte, er sei deshalb zur Denunziation berechtigt gewesen, weil der Angeklagte sein Geschäft mit „Destillation“ bezeichnet hat. Der Vorstehende beehrte die Zeugen jedoch dahin, daß sie bei ihrer Denunziation leichtfertig zu Werke gegangen seien, denn sie hätten dem Gerichtshof Zeit und Mühe sparen können. Wenn sie nicht Beamte, sondern Privatpersonen wären, dann würde gegen sie eine Anklage wegen wissenschaftlich falscher Denunziation erhoben werden können. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, während die Kosten der Staatskasse auferlegt wurden.

Der Redakteur des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Eugen Reiser, war am 15. Oktober v. J. zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden, weil er in der Mittheilung einer nebensächlichen Klagesgeschichte die Tochter eines Landgerichtsdirektors in Preßlau mit der gleichnamigen Tochter des Direktors einer dortigen Aktien-Gesellschaft verwechselt hatte, die kurz vorher von der Anklage wegen Kindesmordes freigesprochen worden war. Der „Lokal-Anzeiger“ hatte unter Hinweis auf den Unfallfall von der Verlobung der Tochter des Landgerichtsdirektors berichtet. Die Revision, welche Reiser gegen das Urtheil einlegte, ist am 12. Januar vom Reichsgericht verworfen worden.

Der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Georg Berger, wurde kürzlich von der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu einer Geldstrafe von 30 M. verurtheilt, weil er den Beschluß der Strafkammer, wonach die Beschlagnahme derjenigen Nummer der „Staatsbürger-Zeitung“ verfügt war, in der die Erhebung der Anklage gegen Ledert-v. Sühow mitgetheilt worden war, vorzeitig veröffentlicht hatte. Dessen Artikel hatte das „Berl. Tageblatt“ nachgedruckt, worauf dessen verantwortlicher Redakteur Dr. G. Rütti es in eine gleiche Anklage wie Redakteur Berger erhielt. Derselbe wurde gestern von der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu einer Geldstrafe von 20 M. verurtheilt.

Ein Berliner Schuhmann. Ein bestiger Zusammenstoß mit einem Schuhmann, der der übergroßen Hervorsticht des letzteren zum Theil zuschreiben ist, lag einer Anklage wegen Widerhandes und Beleidigung zu Grunde, welche gestern vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den Hausdiener Stepputat und den Arbeiter Peljzerow verhandelt wurde. Beide begeherten eines Abends in der Vertrauensstraße den auf einem Patrouillengehege befindlichen Schuhmannen Kennsal und beim Vorbeigehen stieß Stepputat unversehens gegen den Fuß des Beamten, was er mit den schönen Worten „Oh, hoppla!“ zu entschuldigen suchte. Die beiden Angeklagten gingen ruhig weiter, der Schuhmann aber, der da glaubte, daß es sich um eine absichtliche Beleidigung handelte, ließ ihnen nach, stellte sie und verlangte Auskunft über ihre Persönlichkeiten. Es kam darüber zu einem lebhaften Aufritt, bei welchem dem Schuhmann der Helm vom Kopfe fiel; er verlangte, daß einer der Angeklagten den Helm vom Boden aufheben sollte und als dies verweigert wurde, griffen die Parteien noch heftiger zusammen, der Schuhmann zog sogar seinen Säbel und suchte damit bedrohlich in der Luft umher. Vor diesem Vorgange ist die Anklage entstanden. Die den Angeklagten recht unangenehmen Aussagen des Schuhmanns wurden von den Angeklagten selbst und einigen Augenzeugen als unzutreffend bezeichnet. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung der Angeklagten, da er die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der Schuhmann gar nicht beleidigt worden war und sich deshalb auch nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befand. Rechtsanwalt M o f e s trat dieser Auffassung bei. Der Gerichtshof erkannte auf Frei-

sprechung, weil er die Wahrnehmungen des Schuhmanns bei dessen großer Erregung während des Vorfalls nicht für sicher hielt und ihm der Vorfall unauferklärt erschien.

**Wafel, 12. Januar.** In einer fürchtbaren Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft gestaltete sich gestern eine Verhandlung vor dem hiesigen Appellationsgericht. Angeklagt war ein schon lange arbeitsloser Tagelöhner wegen Brandstiftung. Befragt, warum er das Verbrechen begangen, antwortete derselbe mit ruhiger, fester Stimme: „Ich habe die Scheune angezündet, um wieder ins Zuchthaus zu kommen, weil ich bei meinem hohen Alter keine Arbeit mehr bekomme.“ Also bleibt dem Arbeiter, wenn er alt und gebrechlich ist, nichts anderes mehr übrig, als Unterschupf ins Zuchthaus. Der Gerichtshof hat dem Wunsche des durch die schlechten Verhältnisse zum Brandstifter gewordenen Arbeiters in vollem Maße entsprochen, indem er auf das höchst zulässige Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus erkannte. Arbeitslosigkeit und Elend sind eine der Hauptursachen der Verbrechen in unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaft ganz egal, ob dieselben republikanisch oder monarchisch registriert werden.

**Unternehmer-Verbände.**

Eine Anzahl Rhedereien beabsichtigt, wie das „Hamb. Echo“ mittheilt, am 16. Januar eine abermalige Erhöhung der Frachtsätze und hat hierzu schon eine Reihe Firmen vertraulich in Kenntniß gesetzt. Damit wird eine von langer Hand vorbereitete geheime Abmachung weiter perfekt. Bereits im September 1895 kartellirten sich sämtliche La Plata-Linien, nämlich die Hamburg-Südamerikanische Linie, die „Gausa“ und der „Eldo“ in Bremen, Houlder, Lampert und Holt in Antwerpen, international, und beschlossen in einer zu Antwerpen abgehaltenen geheimen Sitzung eine allmählig steigende Erhöhung der Frachtsätze. Als dann mit Beginn des Jahres 1896 der wirtschaftliche Aufschwung eine große Zunahme der Ausfuhr zur Folge hatte und der Güterandrang so stark wurde, daß die Rhedereien Extradaupfer einstellen mußten, wurden die Frachtsätze mehr und mehr erhöht und im Oktober vorigen Jahres von sämtlichen zum internationalen Kartell gehörenden Rhedereien wieder Erhöhungen festgesetzt von 2,50 M. für alle Artikel, die im Tarif unter 20 M. pro 1000 Kilogramm beziehentlich pro Kubikmeter standen, und 5 M. für solche Waaren, deren Sätze 20 M. und mehr pro 1000 Kilogramm beziehentlich Kubikmeter betragen. Im November vorigen Jahres, noch vor Ausbruch des Streiks, wurden dann weitere Erhöhungen durchgeführt, die nunmehr in der zweiten Hälfte dieses Monats abermals einen Aufschlag erfahren sollen. Für einige Artikel, z. B. Eisenbahn und Wachsblei, müssen schon seit Anfang Dezember vorigen Jahres höhere Sätze gezahlt werden. Auf diese Weise beabsichtigen die Rheder für den durch den Streik erlittenen Verlust sich zu entschädigen. In welchem Grade sich die Kaufmannschaft in den Händen der Rheder befindet, erhebt am besten aus der Thatfache, daß ein Kaufmann, der einmal mit einem sogenannten wilden Dampfer, d. h. einem solchen, der keiner der regelmäßig fahrenden Linien gehört, Güter exportiert, von den kartellirten Rhedereien, die dies auszuspielen suchen und sich hierzu geheime Mittheilungen machen, sofort boykottirt wird, d. h. die Rhedereien verweigern die fernere Annahme seiner Waaren. Mit diesem Vorgehen verdrängen sie die „wilden“ Dampfer aus den Häfen Deutschlands, Englands und Belgiens, monopolisiren den Frachtverkehr nach Südamerika und haben die Kaufmannschaft ganz in ihrer Gewalt. Nun wird es auch begreiflich, warum die Kaufmannschaft gegen die Rheder nicht energisch aufzutreten und keine Klagen wegen der massenhaften Verschuldigungen und der verspäteten Lieferungen von Waaren anzuführen wagt. Wer gegen das Rhederkartell auftritt, ist boykottirt und damit bankrott.

Ein Verein der Schiffsmänner und Schiffsgagenten hat sich in Hamburg gebildet, welchem alle einschlägigen Firmen beigetreten sind. Es hat sich eine feste Organisation auch dieser Geschäftsbranche als notwendig herausgestellt. Einz nähere Beziehung zum Arbeitgeber-Verbande sei vorbehalten.

**Versammlungen.**

In einer Volksversammlung, die am Dienstag in Zimmermann's Saal in der Waidstraße abgehalten wurde und sehr gut besucht war, sprach Reichstags-Abgeordneter Stadthagen über das Thema: „Etwas von der Polizei und der Presse.“ Erinnert an das im Projekt Ledert-Sühov zu Tage tretende Treiben der polizeilichen Vertrauensmänner und deren Verbindung mit dem jenseitigen Theil der Presse, der nicht bestimmten Gesinnungen dient, sondern nur ein Geldinteresse im Auge hat, zeigte der Redner an der Hand historischer Begebenheiten, daß ein verwerfliches Spielthum sich zu allen Zeiten breit gemacht habe, wenn es galt, freirechtliche Regungen im Volke, die den jeweiligen Machthabern und deren Werkzeugen un bequem waren, zu unterdrücken, und daß bei solchem Werk die ehelosesten und verwerflichsten Mittel angewandt wurden, um Leute, denen sonst nicht beizukommen war, durch ein Netz von Fälschung, Lüge und Meißel ins Gefängniß und Zuchthaus zu bringen. Der Redner bezog sich in dieser Hinsicht auf die Verfolgung der Burschenschaften in den dreißiger Jahren, den Kölner Kommunistenprozeß von 1852 und schloß ab ausführlich das im Projekt Walbed und der damaligen Reaktionszeit zu Tage tretende Treiben der Dinkeldor, Stieber, Ohm, Götzsche, Piering und Konsorten. Dem mit der Geheimpolizei notwendigweise verbundenen Spitzelwesen habe die Bourgeoisie insofern Vorzug gegeben, als deren Vertreter in den Parlamenten bereitwillig die Gelder für geheime Fonds gewährten, in der Hoffnung, durch die Polizei vor den Bestrebungen des Proletariats geschützt zu werden. Die Polizei hätte allerdings niemals die Macht, welche sie besitzt, erlangen können, wenn ihr die Presse entgegengetreten wäre. Das könne man natürlich nur von einer unabhängigen, Gesinnungen vertretenden Presse erwarten, die aber seit dem Emporwachen des Infanterienwesens selten geworden sei. Da der größte Theil der Zeitungsunternehmungen nur auf den geschäftlichen Gewinn bedacht sei, so bemühten sich derartige Presseorgane, nirgends anzuklopfen, und ihre Haltung so einzurichten, daß ihnen ein großer Abonnenten- und Infanterienkreis sicher sei. Die aus solchem Bestreben entstandene sogenannte parteilose Presse vom Schlage des „Lokal-Anzeiger“ diene der Reaktion in höherem Grade, als irgend welche anderen Presseorgane. So sei es gekommen, daß heute fast nur allein die sozialdemokratische Presse sich nicht von Geschäftsinteressen leiten lasse, sondern Prinzipien vertrete und diese im Kampfe mit den Gegnern unter allen Umständen hochhalte. Daß unsere Presse von diesem Wege nicht abweiche, dafür bürge der Umstand, daß Charakterfestigkeit und Gesinnungstüchtigkeit von jedem ihrer Mitarbeiter in erster Linie verlangt werde. Der fast zweistündige, mit großem Beifall ausgenommenen Vortrag endete mit einem Appell an die Versammelten, die sozialdemokratische Presse nicht nur als Leser und Abonnenten zu unterstützen, sondern auch für immer weitere Verbreitung derselben zu sorgen, um dadurch zur möglichst schnellen Verwirklichung der sozialdemokratischen Bestrebungen beizutragen. Eine Diskussion folgte dem Vortrage nicht. Der Vorstehende Brinmann appellirte in gleichem Sinne, wie der Referent, an die Anwesenden und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Offen) hielt am Dienstag bei Keller, Köpenstraße, eine Versammlung ab, in der Genosse H. Hoffmann über: „Glaube und Vernunft“ sprach. Eine Diskussion über den mit lautem Beifall ausgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Einige an den Referenten gestellte Fragen beantwortete derselbe in ausführlicher Weise. Nachdem der Vorstehende die Anwesenden zum zahlreichen Besuch der nächsten Versammlung und zur regen Agitation aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Zentralverein der Gärtner hielt am 6. d. M. eine Versammlung ab, zu der berichtet eingehend über die Entwicklung des Vereins, die im letzten Jahre einen guten Erfolg zeigt. Auch in anderen Städten hat der Verein erfolgreiche Fortschritte gemacht. Eine Anzahl neuer Abtheilungen sind gegründet. Das bisher alle 4 Wochen erscheinende, 4 Seiten starke „Korrespondenzblatt“ ist in die alle 14 Tage erscheinende 10 Seiten starke „Gärtner-Zeitung“ umgewandelt und wird so voraussichtlich ein tüchtiges Agitationsmittel werden. Die Jahresabrechnung der Hauptkassiere ergibt eine Einnahme von 2209,36 M. und eine Ausgabe von 2082,08 M., darunter 659,88 M. für Agitation. Die folgenden Redner Ohm, Mey und Abromeit äußerten sich sehr befriedigend über die bisherigen Erfolge. Bei der darauf stattfindenden Vorstandswahl wurde Fuchs-Rixdorf zum ersten, Reßberg zum zweiten, Brix zum dritten, Sittner-Friedrichshagen zum Kassierer, Dahnel-Berlin zum Schriftführer und Mey-Berlin zum Hilfskassierer gewählt. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden am Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats statt, und zwar erstere bei Siegemund, Alexanderstr. 11, letztere bei Falser, Passauerstr. 16. Alle Anfragen sind zu richten an F. Fuchs-Rixdorf, Hermannstr. 62.

**Achtung! Kaufleute, Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen!** Am Dienstag, den 12. Januar, findet eine große öffentliche Versammlung im großen Saale von Köhn, Brühlstr. 29-31 (Zuckergebäude) statt. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Handlungsgehilfen und die Sozialdemokratie. Referent: Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Liebknecht. Die Versammlung beginnt pünktlich 9 Uhr. Redner und Kolleginnen! Achtung! Die jährliche Sitzung zu dieser Versammlung. Der Vertrauensmann der Handlungsgehilfen Berlin: Hermann Falser.

**Arbeiter-Gesellschaft.** Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Sühov-Schule, Waldemarstr. 14: Rede-Übung (Die wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages). Herr Heinrich Schulz. — Nordstraße 25: Geschichte (Alte Geschichte, Urgeschichte, Entdeckung der Religionen, Orientalische Völker, Griechen und Römer). Herr Dr. G. Wilm.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 9 Uhr abends an geöffnet. Am 16. Januar wird voraussichtlich die geplante öffentliche Versammlung, die mit Zeitungen, Zeitschriften und Büchern reich ausgestattet ist, für die allgemeine unentgeltliche Benutzung eröffnet. Der Vorstand.

**Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung.** Vorsitzender: W. Neumann, Postenw. 2. Alle Redereien im Verein sind zu richten an Friedrichstr. 49, v. 2 Tr.

**Club der gefesselten Arbeitervereine Berlin und Umgebung.** Alle Anträge, den Club betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Trebbenerstr. 107/8.

**Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung.** Beratungen im Vereinslokal sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Baum 7.

**Vermischtes.**

Im Bergwerk Sandham ist, wie aus München gemeldet wird, ein Theil der Grubnstrecke eingeführt. Niemand ist verunglückt. Umlaufende gegentheilige Gerüchte sind unbegründet.

**Maßregeln gegen die Pest.** Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht den Bericht über die letzte Sitzung des Obersten Sanitätsrates, in welcher der Referent Rusy mittheilte, daß die Epidemien in Pola und Lussin Piccolo stetig abnehmen. Der Sanitätsrath stimmte den Anträgen Rusy's zu, anlässlich der indischen Pest ein Einsehverbot für benutzte Kleider, Wäsche, Häubchen und Abfälle aus ganz Indien, ausgenommen dem asiatischen Ausland, zu erlassen, und die Fahrten nach Mekka aus dem okkupirten Provinzen thunlichst hinauszubehalten bezw. durch einen von der Regierung bestellten Arzt zu überwachen.

**Witterungsübersicht vom 13. Januar 1897.**

Stationen.	Barometer stand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 C. = 49 F.).
Swinemünde . . .	757	SO	1	Dunst	-2
Hamburg . . .	757	N	1	bedeckt	-5
Berlin . . .	756	SW	1	bedeckt	0
Wiesbaden . . .	754	NO	1	bedeckt	0
München . . .	755	O	1	bedeckt	0
Wien . . .	757	SO	2	bedeckt	0
Japaranda . . .	762	SW	2	bedeckt	-3
Petersburg . . .	769	SO	0	wolkenlos	-22
Cook . . .	762	N	4	halb bedeckt	6
Aberdeen . . .	763	SW	3	wollig	1
Paris . . .	754	SWO	2	Wegen	5

**Wetter-Prognose für Donnerstag, 14. Januar 1897.** Ruhig, vorwiegend trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

**Genossinnen! Achtung! Genossen!**

**II. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

**Große öffentl. Volks-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: Die Polizei und die Presse. 2. Diskussion. — Am zahlreichen und pünktlichen Erscheinen erucht 210/16 Die Vertrauensperson.

**Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.**

Sonntag, den 16. Januar, in Louis Keller's Restälen, Köpenstraße Nr. 29:

**Großer Wiener Maskenball.**

Die Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins werden freundlichst eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen. Am 12 Uhr: Demostirung, nach derselben große Kaffeepause. Billets à 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: Klebb, Mariendorferstr. 2, St. 4 Tr. I.; Wenzel, Franzfurter Allee 147; Schütz, Schönhauser Allee 151, Querg. 4 Tr. r.; Kraft, Graunstraße 12, r. Aufg. 3 Tr.; Schwanz, Weisenstr. 24, v. 3 Tr.; Brunzel, Wilmersdorferstr. 61, St. 3 Tr.; Vohs, Schwertstr. 22, Querg. 3 Tr.; Schneider, Plan-Weg 31, Hof 2 Tr.; Petermann, Reinholdsdorferstr. 65, v. 4 Tr.; außerdem bei Herrn Handlow, Langestr. 13 im Restaurant, und Herrn Schmidt, Rindgüterstr. 28 im Restaurant. Anfang 8 Uhr. Ende ?? Das Comité. J. A.; August Klebb, Mariendorferstr. 2.

**Rixdorf! Achtung! Rixdorf!**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Sonntag, den 16. Januar 1897, in den Viktoria-Sälen, Rixdorf, Hermannstr. 48-50:

**Gr. Wiener Maskenball.**

Die Kollegen mit ihren Familien werden hiermit höflichst eingeladen. Die Musik wird von der freien Vereinigung der Still-Berufsmänner ausgeführt. Das Comité.

**Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr.** findet in demselben Lokale die General-Versammlung statt. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, sowie Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeiter-Handweises. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1896. 3. Renouveau des Vorstandes, sowie der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Vorstandswahlangelegenheiten und Beschiedenes. Mitgliederbuch legitimirt. 80/13 Die Ortsverwaltung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 14. Januar. Cpernhaus, Margarethe. Schauspielhaus, Genoveva. Deutsches, Wälsche. Berliner, Renaissance. Lessing, Madame Sans-Gêne. Westen, Der Militärstaat. Neues, Marcelle. Refidenz, Die Frauenjäger. Thalia, Frau Lieutenant. Zentral, Eine wilde Sache. Schiller, Der Scherling. Die Komödie der Irrungen. Dteud, Schwereidner. Belle-Alliance, Rom und Eva. Volts, Robert und Bertram. Friedrich-Wilhelmstädtisches, Vor Sonnenaufgang. Alexanderplatz, Sein Verhältnis. Unter den Linden, Die Fledermaus. Passage-Panoptikum, Traumbilder. Spezialitäten. Apollo, Spezialitäten. Parodie, Die Kreuzfahrer oder Emma von Holfenstein.

### Belle-Alliance-Theater

**Volk-Vorstellung** unter Regie von Julius Türk. Sonntag, den 17. Januar. 1. Gastspiel von Jenny Warba (Theater der Modemen). Zum 1. Male: „Gläubiger.“ Tragikomödie in 1 Akt von Strindberg. Thalia: Jenny Warba; Alfred: Rik. Jürgas; Gustav: R. Jaffé. Dann: „Die Heuchler.“ Schauspiel in 3 Akten von Rodica. Karl Moritz: Julius Türk; Elise: Jenny Warba; Orlando: Hans Mannisi; Simon: Wils. Ruff. Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Buchhandlungen zu haben.

### Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz. Donnerstag, den 14. Januar 1897. **Emil Thomas a. G.** Benefiz für Alma Seemann. Vorlesung Einführung. Zum 11. Male: **Eine wilde Sache.** Freitag, den 15. Januar 1897. Regie Aufführung von **Eine wilde Sache.** Sonnabend, Sonntag und die folgenden Tage: „Eine tolle Nacht.“

### Friedrich-Wilhelm-Theater.

**Vor Sonnenaufgang.** Soziales Drama in fünf Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 8 Uhr. Freitag und Sonnabend: „Sein Gehung.“ Volkschauspiel in 4 Akten nach der gleichnamigen Dichtung von Fritz Reuter von Hermann Jahnke und Wilhelm Schirmer. Sonnabend, nachm. 4 Uhr: „Die Puppenfee.“ Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Klassiker-Vorstellung: „Kobold und Liebe.“ Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Billets ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse, ausserdem im Invalidenthau, Unter den Linden 24, bei Paul Komelch, Leipzigerstr. 6, und Julius Vengensfeld, Markgrafstr. 50.

### Alexanderplatz-Theater.

Heute und die folgenden Tage: **Pfante Revität! Sein Verhältnis.** Stützenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Karl Vogler. Anfang 8 Uhr. (Bonn, auch die zu anderen Stücken ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit.) Nächsten Sonntag, nachm. 4 Uhr: Zum ersten Male: **Die Puppenfee.** Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann. In Vorbereitung: **Der indische Cactus.** Schwank in 4 Akten von H. v. Gordon. Billets sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben.

### Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weis. **Gastspiel von Josephine Dora** von Adolph Ernst-Theater. Zum 19. Male: „Schwereidner.“ Komödie mit Gesang in 4 Akten von Ostar Klein. Musik von G. Steffens. Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen: „Der deutsche Michel.“ Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel von Josephine Dora. Zum 1. Male: „Der Walzerkönig.“ Gesangsposse in vier Akten v. Mannhadt. Musik v. Steffens.

### Schiller-Theater (Waller-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Scherling. Die Komödie der Irrungen. Freitag, abds. 8 Uhr: Der Millionenbauer.

### Thalia-Theater.

(vormals Adolph Ernst-Theater). „Frau Lieutenant.“ Soubrette in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serpette und B. Roger. Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“

### Volks-Theater

34 Reichenergerstr. 31 nahe dem Kottbuser Thor. **Weihnachtsfest-Dekoration** sämtlicher Säle. **Robert und Bertram** Große Gesangsposse in 4 Akten von G. Habber. **Anfang:** Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. bis 4 M.

### Parodie-Theater

Cranienstr. 52. **Gastspiel** der reisenden Schauspielergesellschaft des Direktors Joh. Luppe aus Tübingen bei denen in Bühnen: **Die Kreuzfahrer** oder **Emma von Holfenstein.** Großes romantisches Sittenschauspiel. Anfang Woche 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. bis 3 M. NB. **Berehrungswürdige!** Da dieses Stück sich überall des besten Erfolgs erfreute, so glaube ich in der Wahl desselben auch hier keinen Fehlgriff gethan zu haben. Einem zahlreichen Besuche entgegengehend Hochachtungsvoll Johann Luppe, Direktor.

### Circus Renz

Karlstrasse. (Jubiläum-Zeitraum 1896/97.) Donnerstag, den 14. Januar 1897, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Vorstellung.** **Kolossaler Erfolg.** **lustige Blätter!** Neue Einlage. Leuchtende Karrikaturen. Außerdem: Donner u. Darius, Rapphengste, vorgeführt von Herrn Rob. Rens. 6 sehr hübsche, vorgeführt v. Herrn Hugo Herzog. Auftreten der beliebten Schutzeiterin Frau Robert Rens, sowie des berühmten Schutzeiters Hr. Gaberel. Ferner das phänom. Hochgenante Hr. Jaubert als Gast. Auftreten der neu engagierten Kunstkräfte allerersten Ranges. Die vorzüglichsten Clowns. Morgen: **lustige Blätter.**

### Gala-Vorstellung.

**Kolossaler Erfolg.** **lustige Blätter!** Neue Einlage. Leuchtende Karrikaturen. Außerdem: Donner u. Darius, Rapphengste, vorgeführt von Herrn Rob. Rens. 6 sehr hübsche, vorgeführt v. Herrn Hugo Herzog. Auftreten der beliebten Schutzeiterin Frau Robert Rens, sowie des berühmten Schutzeiters Hr. Gaberel. Ferner das phänom. Hochgenante Hr. Jaubert als Gast. Auftreten der neu engagierten Kunstkräfte allerersten Ranges. Die vorzüglichsten Clowns. Morgen: **lustige Blätter.**

### Circus Buseh.

Bahnhof Böse. Donnerstag, den 14. Januar 1897, abends 7 1/2 Uhr: **Grosse Extra-Vorstellung** **Nach Sibirien.** Dies grandiose geniale Schauspiel des Circus Buseh bildet jetzt das Tagesgespräch von Berlin. Pracht, phänomenale equestrische Leistungen; weichehaltige Inszenierung. Unerreicht. Jeder Weidreißung sportend. Die russische Ohermische in Moskau. **Gr. russ. Original-Sänger-Korps.** Der grandiose weiche Akt auf der Kiewa. Die unheimliche Bergfahung durch Wölfe. Die Todesfahrt mit dem russ. Dreigespann zur hohen Bühne hinauf; eine noch nie gewagte Leistung. Außerdem: Die vorzüglichsten Freiheitsübungen des Dir. Buseh. Ganzbar, russischer Hengst, ger. von Herrn Salamondel. 100 Clowns, männl. u. weibliche; Springpotpourri von 20 der besten Parterre-Springer. **Gefahr. Delle.** unübertreffl. Drahtseilkunstleistungen. **Pierrot's Abenteuer.** komische Szene der **Pierrot-Troupe.** Kultur der neu engagierten Kunstkräfte I. Ranges. Vorzüglichste Clowns. Morgen: **Nach Sibirien.** Unsem. Kindern Musikunterricht. Konservatorium Postamt Dresdenstr. 17.

### Urania, Tauben-Strasse No. 48-49.

Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

### Sternwarte

Invalidentstr. 57/52. Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab 50 Pf. Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesansätze.

**Passage-Panopticum.** Letzte Woche: **Traumbilder.** Feerie in 13 Bildern mit Musik und Gesang. **Castan's Panopticum.** Neu! Bis wunderbaren indischen Pygmäen. Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

### Alcazar

Varlété und Spezialitäten-Theater I. Ranges. Dredenerstr. 52/53 (City-Passage) Innenstr. 42 13. Vornehmster Familien-Unterhalt. Neu! Der Ehrenpokal Neu! oder: Die Deposition. Posse in 1 Akt von S. Klager. Brothers Milton, großartiges Lust-Potpouri. Herrn. Webling, Tanz-Komiker. Lotte Zieger, Bravour-Altistin mit 50 dreifachen Klatten. Max Alfredo Neg. Salon-Humorist. Eugen Hoff, unübertreffl. Charakter-Darsteller u. a. u. **Anfang:** Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. **R. Winkler.**

### Schippanowsky's

**Deutsche Konzerthallen** Spandauer Brücke 3. **Neu! Neu! Neu!** **Im Frühlingssglanz!!** Populäre Konzerte: Im Niederbain. In der Rosenlaube. In Obhgarten. In der Rosenlaube. In Weinberge. **Entree frei! Entree frei!** **Theater-Abtheilung:** Auftreten von Humoristen, Komikern u. **Hauswirth's Lächlerlein.** Posse. **Ausschank der Berliner Bock-Bräuel.**

### Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Gläd. **Miss Emeline Ethardo.** **The Kellinos.** **Das Sensationsbild:** **Endlich allein!** **La belle Devernois** ferner 30 Künstler I. Ranges. Koffenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

### Konzerthaus Sanssouci,

Kottbuser Strasse 4a. Heute, sowie jeden Donnerstag und Sonntag: **Stettiner Sänger** (Mehel, Pietro, Britton, Zeidl, Krone, Köhl und Schrader).



Anfang präg. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). „Emma, mein Maus.“ Schwänzen! Reuehe Burleske. Freitag: **Victoria-Bräuel.** Sonnabend: **Potsdam, Konzerthaus.**

### Geen-Palast, Burg-

Das durchweg neue **nekromische Karnevals-Riesen-Programm.** Noch nie dagewesene **Sensations-25 Nummern.** Nur noch kurze Zeit: **Die drei Wunder Lilly, Elsa u. Frieda** auf dem Doppeldrachstein. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.

### Berliner Possen-Theater

Münzstrasse 17. (Eingang Königgraben.) Direktion: Joseph Nöckinger und Leonhardy Gastel. **Sein Portrait.** Schwank von E. Gastel. **Des Löwen Erwachen.** Operette von Brandt. **Der Lumpenball.** Burleske von R. Dann u. E. Gastel. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Beiten, Küsche, Dolen, Kognat, Keim, Uhren, Wäsche, Goldw., Grammatikum (poth. Pfandleiche Neanderstr. 6.**

### Bekanntmachung

der Cris-Krankenkasse der Vildbauer, Stadteure u. verwandter Gewerbe. betr.: die Delegirten-Wahl. Am 31. Dezember 1896 sind die Mandate sämtlicher Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber für die Generalversammlung erfolgt. Auf grund des § 48 des Statuts haben demgemäß die Neuwahlen derselben stattgefunden; zu wählen sind 115 Arbeitnehmer und 11 Arbeitgeber, sowie 51 Arbeitgeber und 5 Ergänzender. Die Wahlen der Arbeitnehmer finden am Donnerstag, den 21. Januar, im Lokal Innenstr. 19 abends 9 Uhr statt; die der Arbeitgeber am 26. Januar abends 9 Uhr im Lokal Kommandantenstr. 50. Wahlberechtigt sind alle großjährigen Kassenmitglieder; das Quittungsbuch ist als Legitimation erforderlich. Berlin, den 13. Januar 1897. Der Vorstand. J. A. J. Söjner, Vorsitzender.

### General-Versammlung

der Mitglieder der Sterbelaße ehem. Pfleger Arbeiter (Egel'sche Kasse) am Sonntag, den 24. Januar 1897, vormittags 10 Uhr, in Grindel's Saal, Brunnenstr. 188. Tagesordnung: 1. Protokoll-Vorlesung der letzten Generalversammlung. 2. Kassenbericht des Rendanten und der Revisoren. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 4. Neuwahl des 1. Vorsitzenden, des 2. Schriftführers und des Rendanten. 5. Neuwahl von drei Revisoren. Der Vorstand. 2832b J. A. Otto Winkler, Vorsitzender. Die Beerdigung meines Bruders Rudolf Dordert findet heute nicht statt. Den Tag der Beerdigung zeige ich noch an. 2835b Aug. Dordert, Waidmühl.

### Broekhaus', Meyer's

Lexikon, Brehm's Thierleben, ganze Bibliotheken, Klassiker belicht und fast Antiquariat Rosenhallerstr. 11/12. Fernsprecher.

### Männer-Vortrag!

Heute, Donnerstag, 8 1/2 Uhr. Admiralsstr. 18 c: **Praktische Naturbelle Grundermann über: Mäntliche und weibliche Geschlechtskrankheiten** mit Vorführung von zahlreichen Präparaten, selbige zeigen zugleich: Das menschliche Leben vor der Geburt. Eintritt 10 Pf. Grundmann's Vorträge für Vereine empf. Bereit für Körper- und Naturbelleunde Charlottenburg, Berlinerstr. 40.

### Künstl. Zähne 2 M.

Die Wahrheit

über **den Streif der Hafenarbeiter und Seelente in Hamburg** 1896/97. Vom Verfasser des „Offenen Briefes an Se. Maj. Kaiser Wilhelm II.“ Preis 50 Pf., in Partien von 10 Expl. à 40 Pf. Hamburg. F. Engelke, Buchhandlung.

### Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenhallerstr. 61, 2 Tr. 7. Theilzahlung v. Woche 1 M.

### Frische Wurst.

Heute Donnerstag, nachm. 4 Uhr, berühmte Grünschnitt, H. Leber- und Preispurtt bei G. Tempel, Gr. Frankfurterstr. 16. 9129

### Empfehle allen Freunden u. Bekannten

mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. H. Stramm, Ref. Ritterstr. 123.

### Arminhallen

Kommandantenstr. 20. vollständig renovirt, empf. Säle und Vereinszimmer jeder Größe zu Festlichkeiten und Versammlungen. Achtung! Künftige Bühne von 3 M. an, Theils wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Jahnstühle, Zahnreinen, Heroldsteden bei Bestellung aussonst. Guckel, Kurlbergplatz 2, Eßauerstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

### Möbel auf Theilzahlung.

J. Kellermann, Neue Jakobstr. Nr. 26.

### Bettfedern-Spezialgeschäft

C. M. Schmidt, Berlin, Andrasstr. 59, vorn 1 Tr. Große Auswahl gerischer Gäusefedern und Daunens. Bb. 1, 2 bis 6 M. Fertige Betten v. 15 u. 18 M. Bettfedern Bb. 35, 50 u. 70 Pf.

### Mühlenstraße 8,

nahe Oberbaum, sind zum 1. April freundliche, billige Wohnungen von 2 u. 1 Stunde nebst Küche und Zubehör, 1 vermietlich. Der Verwalter. Freundl. mdbl. Schlaf. für Herrn. Ranteuffelstr. 50, v. 1 Tr. rechts.

### Arbeitsmarkt.

Achtung! Metallarbeiter. Der Ausschuss der Schlosser, Dreher, Bohrer und Hilfsarbeiter der Firma Zimmermann & Buchloh, Berlin N., Lierstraße 6a, dauert unverändert fort. Zugang ist fernzugeschrieben. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlin. 111/15

### Kupfer- u. Zinn-Verarbeitung

verlangt. 28306 Charlottenburg, Krummeckr. 4.

### Wir suchen fleißige, intelligente

Bermittler in Berlin und Vororten. Hohe Provisionen. Günstige Bedingungen. Versicherungs-Gesellschaft Thüringia, Friedrichstr. 62 I. 31768

### Musiklehrer (Violine)

wünscht M. Reitmänn, Wendenbahnstr. 31. 28396

### Chirurg. Instrumentenmacher,

25-30 J., a. Schloßerei, Repar. u. Revo., findet dauernd. u. ang. Stelle. Buttmanstr. 19, v. 2 Tr., Blücher. Abends von 7 Uhr ab. 28315

### Thätige Maschinenlocher,

auf Theilzahlungsarbeiten (selbständig arbeitend), aber nur solche, verlangen. Riese & Pohl, Götterstr. 52.

**Waarenhaus G. Gerstel** Neues Etablissement! **Belle-Alliance-Strasse 106** **Waarenhaus** für sämtliche **Bedarfs- u. Luxus-Artikel.** Diese Woche: **Ausnahme-Preise.** **Ball-Blousen** in Stoff und Zeide 3, 4, 6, 8, 10, 12 Mark. **Corjett's,** Normal- und Empire-Form 1,55, 2,50, 3,50, 4,75, 6 Mark. **Ball-Handschuhe, Ball-Strümpfe** 13, 25, 40, 75, 90 Pfennig. **Hausmacher Jaquard-Handtücher** Duzend 4,-, 5,50, 6 Mark. **Extra-Abtheilungen für sämtliche Haus- und Küchen-Geräthe, Holzwaren, Lampen, Glas und Porzellan, Steingut, ferner Nickelwaren, Bronze- und Kunstgusswaren, Korbwaren.** **Stoff-Wäsche von Mey & Edlich, Hoflieferanten.** Fabrik-Preise. 130/8

# Central-Haus D. Kirschner, Belle-Alliancestr. 101, Berlin.

Wegen Uebernahme eines zum **Detail-Ausverkauf** gestellten sehr bedeutenden **Engros-Lagers** bleiben, der hierzu nöthigen umfassenden Vorbereitungen halber, meine Lokalitäten voraussichtlich **bis zum 18. d. Mts.** geschlossen!

# Geschlossen!

Wiedereröffnung und Beginn des Verkaufs der Waaren wird noch bekannt gegeben.